

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 6/8, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bunde 20 Bl. Durch die Post bezogen M. 2.50, post in 3 Bunde M. 7.50. Im Jahre 1905 am Ort, M. 2.50.

# Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Abbestellung ober dem Raum 25 Pfennige, für Viertel- und Bestimmungsmengen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 146.

Mittwoch, den 27. Juni 1906.

17. Jahrgang.

### Die deutschen Arbeitersekretariate 1905.

Es war am 18. September 1891, als aus der Feder unseres untergeleiteten Genossen Grillenberger in der „Frankfurter Tagespost“ zu Nürnberg ein Aufsatz erschien unter dem Titel: „Eine neue Aufgabe der Gewerkschaften“. In der Hand zahlreicher Beispiele wurde dargetan, wie notwendig es sei, Rechtsschutzstellen für die organisierte Arbeiterschaft ins Leben zu rufen, um den immer stärker werdenden Anforderungen gerecht zu werden. Eine begeisterte Schar von Männern schloß sich diesem Vorschlag an, aber doch dauerte es noch über drei Jahre, ehe die zähen Widerstände überwunden wurden. Am 1. November 1894 fand in Nürnberg die Gründung des ersten deutschen Arbeitersekretariats statt. Mit berechtigtem Stolz konnten die Nürnberger Arbeiter diese Tatsache der ganzen deutschen Arbeiterschaft künden. Und jetzt? Von Jahr zu Jahr ist das Verständnis für die hohe Bedeutung des Arbeitersekretariats in den Kreisen der modernen Arbeiterschaft gewachsen, wie aus dem soeben im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erschienenen Jahresbericht über die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905 hervorgeht. Am Schlusse desselben wurden 67 Sekretariate gezählt.

Naturngemäß stellten sich im Laufe der Jahre eine Reihe von Unzuträglichkeiten heraus, deren Abstellung dringend notwendig erschien. Auf der im Juni 1904 in Wien abgehaltenen Konferenz der Arbeitersekretariate wurden deshalb einheitliche Grundsätze bezüglich der Statistik aufgestellt und die Herstellung einheitlicher Journale für notwendig erachtet. Es wurden ferner die Regeln bestimmt, welche bei den Eintragungen in die Journale beachtet werden sollen. Erfreulicherweise haben die meisten Sekretariate diesem Beschlusse Folge geleistet.

An der Statistik für 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Auskunftsstellen beteiligt, sodaß die Berichte von 178 Rechtsauskunftsstellen vorliegen. Von den 67 Sekretariaten übten 25 ihre Tätigkeit auf einem größeren Bezirk, sogar einige auf ganze Landesteile aus, z. B. Klostoch auf beide Mecklenburg. 28 Sekretariate werden von Gewerkschaftskartellen verwaltet, während für 36 Sekretariate eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt ist und drei Sekretariate vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes verwaltet werden. Interessant ist die Tatsache, daß 20 Sekretariate nur an Organisierte und Organisationsunfähige (Dienstboten, Invaliden, Witwen), 47 Sekretariate ausnahmslos an jedermann Auskunft erteilen. Die Frage der Auskunftserteilung an jedermann ist eines der schwierigsten Probleme, das die Kölner Konferenz zu lösen hatte.

Konnte letztere auch keine bindende Beschlüsse fassen, wurde doch fast allseitig der hohe agitatorische Wert dieser unbeschränkten Auskunftserteilung zugegeben. Aus diesem Grunde wird wohl auch der letztere Standpunkt allmählich überall zum Siege gelangen. Außer der Auskunftserteilung besaßen sich die Sekretariate mit der Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht. Nur die Sekretariate in Aachen und Jena tun das nicht. Die Vertretung ihrer Klienten vor den richterlichen Instanzen wird von 49 Sekretariaten ausgeübt. Mit statistischen Arbeiten befaßten sich 38 und mit Abhaltung von Versammlungen und sonstigen agitatorischen Arbeiten 35 Sekretariate.

Ueber die Einnahmen der Sekretariate vermag das „Correspondenzblatt“ nicht genau zu berichten, weil ein Teil derselben überhaupt keine Mitteilungen gemacht hat. 29 Sekretariate erheben überhaupt keine Beiträge und 6 Sekretariate lassen die Beiträge in die Kasse des Gewerkschaftskartells fließen, von denen die Unterhaltungskosten bestritten werden. Die Gesamteinnahmen der Sekretariate, die eine besondere Kasse führen, belaufen sich für das Jahr 1905 auf 162,064 Mark. Hier muß eingeschaltet werden, daß das Sekretariat in Othfava vom Staate mit 2000 Mark pro Jahr subventioniert wird. Aus Gemeindemitteln unterstützt wird das Sekretariat Vant-Wilhelms haben, und zwar zahlen die Gemeinden Vant jährlich 500 Mark, Sephens 400 Mark und Leuende 200 Mark. Für den sogenannten Kulturstaat Preußen beziehungsweise seine glorreichen Staatsmänner a la Bismarck und Konsorten ist diese staatsseitige Unterstützung natürlich nicht weiter, als ein „unzulässiges Beginnen, das gegen die geheiligten Institutionen von Thron, Altar und Kapitalismus verstoßt!“ Sei es drum! Die betreffenden Sekretariate werden jedenfalls zufrieden sein und sich um das Wohlbefinden der „Staatsbehaltenden“ keine grauen Haare wachsen lassen.

Was die Ausgaben betrifft, so haben darüber 62 Sekretariate berichtet; sie betragen in Summa 233,772 Mk. Die Beiträge, die für die Erhaltung der Sekretariate erhoben werden, schwanken zwischen 40 Pfennig und 1.20 Mark pro Jahr und Mitglied. Hierbei muß die bedauerliche Tatsache festgestellt werden, daß mehrere größere Gewerkschaften sich von der Anteilnahme am Sekretariat ausschließen und eigene Rechtsschutzstellen gründen. Natürlich wird dadurch die Existenz des Sekretariates — namentlich an kleinen Orten — in Frage gestellt.

Welch' bedeutendes Stück sozialpolitischer Arbeit die Sekretariate geleistet haben, dürfte sich aus den nachfolgenden Zahlen ergeben: Insgesamt sind im Jahre 1905 283,767 Auskunftsuchende zu verzeichnen. Darunter waren Arbeitnehmer: 262,111, weibliche Personen: 40,921, selbständige Gewerbetreibende z.: 11,585. 872 Auskunftsuchende waren Behörden, Vereine und Korpo-

rationen, was mit besonderer Genugtuung verzeichnet werden darf, weil sich darin das wachsende Vertrauen zu den Sekretariaten kundgibt. Verglichen mit 1904 haben 1905 57,507 Auskunftsuchende die Sekretariate mehr in Anspruch genommen. Von den 273,696 Personen, die 1905 die Sekretariate in Anspruch nahmen, waren 160,284 gleich 59 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Der Prozentsatz ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Sehr interessant wäre es, wenn wir wüßten, wie viele von den gewerkschaftlich organisierten Auskunftsuchenden auch politisch organisiert sind, indes gibt das „Correspondenzblatt“ infolge mangelhafter Angaben, nur unzureichende Zahlen, die ein getreues Bild nicht ermöglichen. Hier liegt u. E. eine Aufgabe vor, für die gearbeitet werden muß.

Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgesuche betrug 323,548. Von allen Sekretariaten markiert Frankfurt a. M. infolge seiner eigenwilligen Berechnungsweise an der Spitze. Im Interesse einer korrekten Statistik liegt es, daß nicht jeder Besucher mit einem Auskunftsuchenden identifiziert wird, wie es Frankfurt am Main tut.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte beträgt 295,371 (1904: 238,540), von denen 38,102 (1904: 36,103) schriftlich erledigt wurden. In den Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle wurden insgesamt 20,572 Auskünfte erteilt. Demnach wurden 1905 in den 178 Instituten insgesamt in 315,946 Fällen Auskunft und Rechtshilfe erteilt.

Von den Auskünften entfallen auf die Unfallversicherung 52,664, Krankenversicherung 11,870, Knappschaftswesen 3251, Invalidenversicherung 16,501, in Summa entfallen auf das Gebiet der Arbeiterversicherung 89,286 Auskünfte. Auf die verschiedenen Gebiete des Strafrechtes entfallen 22,897, auf Arbeits- und Dienstvertrag 84,498, auf das gesamte Gebiet des bürgerlichen Rechtes 87,018, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 32,218, Arbeiterbewegung 5297, Privatversicherung 2173, Handels- und Gewerbesachen 2231, Diverses 5416 Auskünfte. Bemerkenswert ist, daß allein 30.3 Prozent aller Auskünfte sich auf das Gebiet der Arbeiterversicherung bezogen. Nicht weniger als 31,198 Schriftsätze von den insgesamt angefertigten 81,421 bezogen sich auf das Gebiet der Arbeiterversicherung. Davon entfallen 4356 auf die Invalidenversicherung, 2121 auf das Knappschaftswesen, 3314 auf die Krankenversicherung und 21,377 auf die Unfallversicherung. Man sieht, welche Kämpfe der Arbeiter auf diesem Gebiete führen muß, um sein gesetzliches Recht zu erzwingen. Das Kapitel der Rentensucht und Simulation wird eben von den notorischen Arbeiterfeinden immer mit neuen Lügen serviert, sodaß der Arbeiter sein Leben lang mit dieser honetten Gesellschaft herumtschlagen muß.

Was die persönlichen und schriftlichen Vertretungen vor den richterlichen Instanzen anbetrifft, so wurden ins-

### Madame Therese.

Von Erdmann-Chatrian.  
Deutsch von Friedrich Fr. Müdert.

Der Onkel beendete stets seine Lektüre mit irgend einer scharfsinnigen Betrachtung; die Zeitung wieder zusammenlegend, sagte er:

„Oben wir den Herrn, daß wir mitten in Wäldern leben und nicht im Weinlande, auf rauhem Gebirge und nicht in der fruchtbaren Ebene. Hier bei uns glauben die Republikaner nichts erweisen zu können und darauf gerade beruht unsere Sicherheit, wir können uns in Frieden aufs Ohr legen und schlafen. Aber wie viel andere sind ihren Mühseligkeiten ausgeliefert! Diese Leute wollen alles mit Gewalt durchsetzen, aber die Gewalt hat noch niemals etwas Gutes erzeugt. Sie sprechen uns von Liebe, Gleichheit, Freiheit, und wenden selbst die Prinzipien nicht an; sie vertrauen auf die Kraft ihrer Arme und nicht auf die Gerechtigkeit ihrer Sache. Vor ihnen und lange Zeit vorher sind andere gekommen, um die Welt zu befreien. Diese schlugen nicht und töteten nicht, sie kamen zu Tausenden um und stellten im Verfolg der Jahrhunderte bildlich das Lamm dar, welches die Wölfe zerrißen. Man mühte glauben, daß von diesen Menschen selbst kein Andenken mehr übrig sein sollte; und doch! Sie haben die Welt erobert, sie haben zwar nicht das Fleisch, aber sie haben die Seele des Menschengeschlechtes erobert, und die Seele, das ist alles! — Warum folgen sie nicht auch diesem Beispiel?“

Da rief Karolus Richter mit verächtlicher Miene: „Warum? Weil sie an keine Seele glauben und weil sie die Nachhaber der Erde beneiden. Und dann, alle diese Republikaner sind Alchymisten, vom ersten bis zum letzten, sie respektieren weder Thron noch Altar, sie haben Dinge umgestürzt, die von Ursprung der Zeit an bestanden, sie wollen keinen Adel mehr, als ob der Adel nicht das Wesen der Dinge auf Erden und im Himmel sei, wie wenn es nicht ausgemacht wäre, daß unter den Menschen die einen zum Gehorchen, die anderen zum Befehlen geboren wären, als ob man diese Einrichtung nicht selbst in der Natur bemerkte. Die Moose stehen unter dem Gras, das Gras unter den Büschen, die Büsche unter den Bäumen und die Bäume unter dem Himmelsgewölbe. Eben so stehen die Bauern unter den Bürgern, die Bürger unter den Adligen, die Adligen unter den Königen, die Könige unter den Päpsten, der durch seine Kardinäle, Bischöfe und Erzbischöfe repräsentiert wird. Das ist die natürliche Ordnung der Dinge.“

„Man mag sagen, was man will, niemals wird sich eine Axtel zur Höhe einer Eiche erheben und niemals wird ein Bauer

das Schwert so führen, wie der Sproß eines berühmten kriegerischen Geschlechtes.“

„Diese Republikaner haben in Folge der Ueberraschung, welche sie durch ihre wahrhaft unglückliche Kühnheit und Eitelkeit der Welt bereitet haben, einige vorübergehende Erfolge erzielt. Indem sie sämtliche Lehren und bestehenden Prinzipien leugnen, haben sie alle vernünftigen Leute in die größte Verwirrung veretzt. Das ist die einzige Ursache dieser Unzulänglichkeiten. Eben so wie man zuweilen einen Ochsen und gar einen Stier beim Anblick einer Ratte, die plötzlich aus ihrem Erdloch hervorkommt und vorwärts läuft, fliehen und fliehen sehen kann, so sehen wir unsere Soldaten angesichts einer solchen Verwegenheit verdrückt und selbst außer Fassung gebracht. Aber alles dieses kann nicht lange anhalten und ist die erste Ueberraschung nur vorüber, so werden ganz bestimmt unsere Generale vom siebenjährigen Kriege diese zusammengerafften Vorkämpfer in Grund und Boden schlagen, und kein Einziger von ihnen wird in sein unglückliches Vaterland zurückkehren.“

Nach diesen Worten zündete Herr Karolus seine Pfeife wieder an und ging, die Hände auf dem Rücken, mit der Miene großen Selbstbewußtseins im Zimmer auf und ab.

Alle Uebrigen dachten über das soeben Gehörte nach. Endlich nahm Raufer das Wort.

„Alles, was geschehen soll, geschieht,“ sagte er. „Daß diese Republikaner ihre Herren und Priester verjagt haben, das war seit Beginn der Zeiten im Himmel geschrieben: Gott hat's so haben wollen! Zu wissen, ob sie wieder vernünftig werden und auf den rechten Weg zurückkehren, das hängt von dem Ratsechluß unseres Herrgottes ab; ob er die Letzen wieder auszuweichen will, hängt von ihm ab. Aber im vorigen Jahre, als ich meine Bienen arbeiten sah, bemerkte ich, daß die kleinen Dinger, die so ätzlich und häßlich sind, plötzlich über die Drogen herfielen, sie stachen und aus dem Stod herausblesperten. Dies wiederholt sich jedes Jahr. Diese Drogen erzeugen die Jungen und die Bienen unterhalten sie, so lange der Stod sie nötig hat; hernach aber töten sie sie; es ist abscheulich und doch nicht's geschrieben. Während ich die anschaute, dachte ich an die Republikaner: sie sind im Juch, ihre Drogen zu töten; aber nur ruhig, man kann sie doch nie entbehren, andere werden kommen, man wird ihnen wieder aufhelfen und sie nähren müssen, freilich, die Bienen werden sich später von neuem ärgern und sie zu Hunderten umbringen, und man sollt glauben, daß jetzt alles zu Ende sei. Man irrt, es kommen andere wieder nach. Es muß so sein... es muß so sein!...“

Der Raufer nickte fortwährend mit dem Kopfe und Herr Karolus, mitten im Zimmer stehend bleibend, rief:

„Den verfehlt Ihr unter den Drogen? Die wahren Drogen sind das übermütige Geizhüt, welches sich zu allem für lauglich hält, und nicht die Herren und Priester.“

„Drogen sind Meistent, welche nicht arbeiten, aber alles genießen wollen, die, welche einen reichlichen Lebensunterhalt verlangen, ohne daß sie irgend einen anderen Dienst leisten, als Reiz um die Königin herum zu summen. Man gibt ihnen zu leben. Aber zuletzt, so steht's geschrieben, tötet man sie hinaus. Das ist tausend und tausendmal vorgekommen und es wird sich ganz bestimmt immer wiederholen. Die fleißigen und arbeitssamen Bienen, die so sehr die Ordnung und die Sparbarkeit lieben, können keine Wesen ernähren, die zu nichts nutz sind; es ist ein Unglück, ist traurig, aber es ist so. Wenn man Honig macht, will man ihn gern für sich selbst behalten.“

„Ihr seid ein Satobiner!“ rief Karolus mit Entrüstung. „Nein, im Gegenteil, ich bin Bürger von Anstatt, Maulwurfsgräber und Bienenzüchter; ich liebe mein Vaterland eben so sehr wie Ihr, ich würde mich für dasselbe gerne aufopfern, vielleicht bereitwilliger, als Ihr. Aber ich bin gezwungen, zu erklären, daß die wahren Drogen die sind, die nichts tun, und daß die Bienen die sind, welche tätig sind, weil ich's hundertmal gesehen habe.“

„Ah,“ rief Karolus Richter, „ich möchte wetten, Koffel hat dieselben Ideen wie Ihr.“

Darauf antwortete der kleine Tischler, der bis dahin noch gar nicht gesprochen hatte, mit blinzelnden Augen:

„Herr Karolus, wenn ich das Glück hätte, der Enkel eines Bedienten von Herr-Peter oder Salm-Salm zu sein, und wenn mir durch Erbschaft große Reichthümer zugefallen wären, welche es mir möglich machten, in Ueberfluß und Unthätigkeit zu schwelgen, dann würde ich sagen, daß die Drogen die fleißigen und die Bienen die Faulenzer sind. Aber in meiner Lage habe ich die ganze Welt nötig, um zu leben und ich sage nichts. Ich schmeiße; nur denke ich, ein jeder sollte joviell besitzen, wie er durch seine Arbeit verdient.“

„Meine lieben Freunde,“ erklärte darauf der Onkel mit ernster Miene, „sprechen wir nicht mehr über diese Dinge, denn wir werden uns doch nicht verständigen. Friede! Friede! Das ist, was uns not thut! Der Friede gewährt den Menschen Glück und Wohlstand und weißt allen Wesen den rechten Platz an. Im Kriege steht man die bösen Neigungen vorherrschend: Mord, Raub und sonstige Schandtaten. Auch lieben alle Menschen von schlechtem Charakter den Krieg; er ist für sie das einzige Mittel, etwas zu scheinen. In Friedenszeiten wären sie nichts, man würde zu leicht erkennen, daß ihre Gedanken, Entfindungen und Wünsche durchaus keinen Anspruch auf Geltung machen können. Der Mensch ist von Gott zum Frieden, zur Arbeit und zur Liebe für seine Familie und seine Nebenmenschen erschaffen. Weil der Krieg gegen alles dies anläuft, ist er eine wahre Götzel. Aber die Uhr schlägt zehn; wir könnten noch bis morgen disputieren, ohne eine Verständigung erzielt zu haben. Ich schlage daher vor, uns schlafen zu legen.“

(Fortsetzung folgt.)

gesamt von den Sekretariaten wahrgenommen 6895 Vertretungen, davon entfallen 3841 auf die Unfallversicherung. Ueber den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten liegen nur dürftige Zahlen vor, die einen befriedigenden Schluss nicht zulassen. Es wäre gut, wenn alle Sekretariate der An- regung Folge geben würden, die das Preussische Ar- beiter-Sekretariat auf der Konferenz in Wien am Rhein gemacht hat, nämlich eine Fragekarte dem Klienten einhändigen, auf der er das Resultat des Rechts- streites sofort dem betreffenden Sekretariat mitzuteilen hat. Um den Wert der Statistik zu erhöhen, wäre eine einheit- liche und systematische Pflege dieser Sache sehr angebracht. Die 111 Auskunftsstellen, welche von den Gewerk- schaftskartellen unterhalten werden, dienen nicht lediglich der Auskunftserteilung, vielmehr werden dort auch schrift- liche Auskünfte erteilt und zwar durchweg unentgeltlich. Am Schlusse des mit großer Mühe zusammengestellten Berichtes über die deutschen Arbeiter-Sekretariate werden mit einigen Zahlen die Gehaltsverhältnisse der Sekretäre berührt. Die Gehälter schwanken zwischen 1200 bis 2700 Mark. Im allgemeinen können diese Gehälter nicht als ausreichend bezeichnet werden, wenn man den verantwor- tungsvollen Posten eines Sekretärs richtig würdigen will. Auch die Arbeitszeit ist oft viel zu lang, zumal die Bu- reauräume einer Anzahl Sekretariate recht verbesserungsbe- dürftig sind. Das sind Mängel, über die noch jeder Jah- resbericht klagen mußte, aber sie werden sich immer mehr beseitigen lassen, wenn es den ausschließlichen Trägern nur nicht an dem guten Willen gebricht. Daß sie diesen haben, ist oft bewiesen worden und wird auch in der Zu- kunft sein. Damit können wir unsere Uebersicht schließen. Ueber die fruchtbringende Tätigkeit der Arbeiter-Sekretariate ist kein Zweifel mehr möglich. Daß die „Christlichen“, katho- lischen und evangelischen Arbeitervereine und die Arbeiter- Sekretariate abgelehnt haben, verabsäumen wir ihnen gar nicht. Man sagt die Unwahrheit, wenn man das Gegenteil be- hauptet. Aber wir dürfen verlangen, daß die Schöpfungen der modernen Arbeiterbewegung nicht mit den unläutersten Mitteln bekämpft werden, wie es sich die bezeichneten Or- gane hier und da angelegen sein lassen. Wenn auch Be- hörden dasselbe System der Herabsetzung oder gar der Strafverfolgung probieren, so schädigen sie sich nur selbst. Die Arbeiter-Sekretariate ruhen auf dem gesunden Boden der modernen Arbeiterbewegung und nicht lange wird es dauern, bis die Zahl 100 erreicht ist. Und so wird es weiter vorwärts gehen!

### Politische Uebersicht.

#### Der Triumph der Wahlrechtsfeinde.

Die konservative „Kreuzzeitung“ dankt in ihrer politischen Sonntags-Uebersicht ihrem Herrn und Schöpfer, daß wieder ein preussisches Parlamentsjahr zu Ende geht, ohne daß dem Drei- klassen-Wahlrecht ein Leid geschehen wäre. Sie be- spottet die Behauptung der Befähigungs-Reform wohlge- fällig und meint: „Damit ist für den preussischen Landtag die Wahlrechts- frage vorläufig erledigt. Daß die Regierung recht getan hat, wenn sie sich im Entwurfsstadium mit der Mehrheit des Land- tags auf grundsätzliche Änderungen des Systems nicht ein- gelassen hat, zeigt der Verlauf der Sache. Was für Versuche hat nicht unsere Demokratie gemacht, um diese Gesetzgebung zu einer großen Staatsaktion zu gestalten und zum Anlaß für einen allgemeinen Sturm gegen das Dreiklassen-System zu nehmen! Aber Regierung und Landtag sind jetzt gebüdet und ihre Festigkeit hat Erfolg gehabt. Wenn wir uns dessen freuen, so geschieht das, weil wir jede Nachgiebigkeit gegen- über dem Verlangen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen für verhängnisvoll halten würden. Weil aber dieses Verlangen bei grundsätzlichen Änderungen des preussischen Wahlrechts erachtliche Nahrung finden würde, haben wir uns derartigen Neuerungen widersetzt. Nicht den gleichen Standpunkt nehmen wir dem Reichstags- wahlrecht gegenüber zu. Denn wir würden uns freuen, wenn es möglich wäre, an ihm grundsätzliche Änderun- gen vorzunehmen, durch die den Klassen der maß- gebende Einfluß auf das Wahlrecht entzogen würde.“ Die „Kreuzzeitung“, die sich doch sonst so viel zu gute hält auf ihren angeblichen „historischen Sinn“, zeigt sehr wenig historischen Sinn, wenn sie den Erfolg des Verhaltens der Re- gierung und der Mehrheitsparteien an den Erscheinungen weni- ger Monate abschätzen will. So unbestritten es auch ist, daß der Sturm wider das Dreiklassenwahlrecht bisher nur einen höchst geringen praktischen Erfolg erzielt hat, indem die Reform durch die Not gezwungen, doch einigen entscheidenden Gegnern dieses Wahlrechts die Tür geöffnet hat, so heißt es doch, die ideale Bedeutung der letzten Wahlrechtsänderung beträch- tlich unterschätzen, wenn man den Krieg einfach für beendet und die Wahlrechtsfeinde für die Sieger erklärt. Es ist uns neu, daß sich die Mehrheit des Landtags mit dem Unterbleiben grund- sätzlicher Änderungen einverstanden gezeigt hat; das kann nur hinter den Kulissen des Landtags ge- schehen sein. In den öffentlichen Verhandlungen hat sich zwar keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht gebildet (nur die Reichstags-Mehrheit und das Zentrum erklärten sich grund- sätzlich dafür), aber auch keine Mehrheit, die sich offen zu dem bestehenden Dreiklassen-Wahl- recht bekannt hätte — denn auch die Nationalliberalen erklärten sich (unter wohlweislicher Verzichtnahme ihres eigen- lichen Ziels) gegen dieses System. In der Wahlrechts-Kom- mission des Herrenhauses sogar ist erklärt worden, kein Wunsch halte das bestehende preussische Wahlrecht für gerecht und be- züglich: das Festhalten an ihm müsse notwendig zu Kata- strophen führen. Selbst jene Minderheit des Landtags, die an dem bestehenden bezweifelnden Zustand krankhaft festhält, weil er, und nur er allein, ihr die Herrschaft sichert, hat für ihr Wider- stehen gegen grundsätzliche Änderungen nur den Verlegenheits- grund der „Kreuzzeitung“ geltend zu machen versucht, daß durch das Verlangen nach dem dreiklassen-System sehr verhäng- nisvollen gleichen Wahlrecht erachtliche Nahrung gewinnen würde. Das heißt doch auf gut Deutsch nichts weiter als: wir wissen zwar, daß das bestehende Wahlrecht ungerecht und unvernünftig ist, wir wollen auch, daß man an ihm keine grundsätzlichen Än- derungen vornehmen kann, ohne durch die dringenden Forde- rungen der Vermittlung und Gerechtigkeit zum gleichen Wahlrecht hingetrieben zu werden; eben deshalb aber halten wir am alten Unvernünftigen und Unrechts-Zustand fest; denn wir haben den Vorteil davon. Preußen besitzt seit 1906 ein Abgeordnetenhaus, dessen Mehrheit sich gegen das geltende Wahlrecht ausgesprochen hat; das ist eine Tatsache, die nicht hinwegzuleugnen ist, und deren politische Folgen nicht ausbleiben werden. So ist das Ergebnis des ersten Wahlrechts-Kampfes für die Mehrheits-Parteien, obgleich weit davon entfernt, befriedigend zu sein, noch lange nicht entmutigend. Die Arbeiter haben ihre äußersten Rechte noch lange nicht aufgegeben, ihre letzten Mittel noch nicht verbraucht. Zudem zeigt ihnen die „Kreuz- zeitung“ in ihrer Gutwilligkeit, an jedem Tage aus neue, nach der Bestand des preussischen Landtags-Wahlrechts eine Reihe Gefahren für das Reichstags-Wahlrecht zu bedeu- ten. So lange das Interesse des preussischen Landtags nicht aus- genommen ist, droht dem Reichstags-Wahlrecht keine Gefahr. Die „Kreuzzeitung“ ist nicht imstande, die „Kreuzzeitung“ diese Erkenntnis zu bestreiten, sonst sie mit dafür, daß es bei der vorläufigen Entscheidung der preussischen Wahlrechtsfrage sich nicht bewenden kann, sondern daß dieser Kampf im Interesse der Selbst- erhaltung des ganzen deutschen Volkes ausgekämpft werden muß bis zum Ende — mag es nun kosten, was es wolle!

„Sozialdemokratische Schimpfereien.“ Kürzlich brachte der Dohle-Moniteur — in trauem Einklang mit den gewerkschaftlichen Verleumdern der Sozialdemokratie fol- genden Schwätz: Die sozialdemokratischen Schimpfereien werden immer zügel- loser. So schreibt die Mannheimer „Volkstimme“ über die Urheber der Reichsfinanzreform folgenden Urteil: „Hier sehen wir eine Verbrecherbande, die Schand- taten ohne Maß verübt hat, in Brot und Stellung, Amt und Ehren, von keinem Staatsanwalt angeklagt, von keinem Richter verurteilt, von den Regierungen geduldet, von bürgerlichen Parla- menten beschützt. Es sind ja auch keine „gewöhnlichen“ Verbrecher, die ihre Taten aus Not und Brot oder unterem Zwang ihrer sittlichen Weltanschauung begangen haben, sondern diese Ge- presser, Anstifter, Urdenkfälscher sind Verbrecher von hoher Rangklasse, königlich preussische Staats- schurken!“

Durch diese Art, die öffentliche Meinung zu führen, wird die ge- samte Presse geschädigt. Es muß sich im Publikum und besonders auch bei den Gerichten immer mehr die Meinung verbreiten, als sei die Presse eine Institution, in der Achtung vor der Ehre der Mit- menschen, Bildung und Gerechtigkeit mehr und mehr im Schwanden begriffen sei. Daraus ergeben sich dann Folgen, über die ein großes Gewicht zu erheben die sozialdemokratische Presse immer zuerst auf dem Plan erhebt, wodurch dann freilich der Sache nur noch mehr geschadet wird. Da dasselbe kumme Zeug auch in Baden und in Meri- talen und liberalen Blättern auftaucht, hat die Redaktion der Mannheimer „Volkstimme“ dem Merikalen Karlsruhe „Neobachter“ diese Verächtigung gefandt: „Sie behaupten in Ihrer Nummer vom heutigen Freitag, die „Volkstimme“ habe „über die Urheber der Reichsfinanzreform“ geschrieben: „Hier sehen wir eine Verbrecherbande, die Schandtaten verübt...“ Erweisen, Au- stifter, Urdenkfälscher... den hoher Rangklasse, königlich preussische Staatschurken.“

Diese Ihre Behauptung ist un wahr. Die „Volkstimme“ hat weder mit Bezug auf die Urheber der erwähnten Reichs- gesetzte, noch auf diejenigen irgend einer anderen gesetz- gebenden Maßnahme eine derartige Charakterisierung gebraucht. Das Dohle-Organ, das einst zur Wahl von Sozial- demokraten aufrief und jetzt Material zu einem Ausnahme- gesetz gegen die Notensammelt, wird sich natürlich schwer- lüden, von der Richtigstellung der Mannheimer „Volk- stimme“ Notiz zu nehmen. Es soll eben in dem „liberalen“ Organ der Herrenkammer ganz nach Schachmannmanier gegen die Sozialdemokratie Material gespeichert werden und da kommt es auf eine Handvoll Schwindel mehr oder weniger nicht an.

Feindliche Brüder. Die Antisemiten im Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar liegen sich wegen des Neventlow-Mandats gehörig in den Haaren. Das Schimpfgesetz zwischen Deutschsozialen und Reformparteilern ist im vollen Gange. Das Organ der Liebermann'schen Richtung schreibt über die antisemitischen Konfurrenten: „Das sind nämlich so einige Uebermenschen, die sich für- auszeichnen halten, den schwächlichen verratenen Anti- semitismus aus dem deutschsozialen Sumpf herauszuziehen, wozu ihnen inzwischen der offizielle Segen der „Reformpartei“ zu teil geworden ist. Jetzt haben wir es also auch mit einem reformerischen Gegner zu tun. Und kann es nur recht sein, wenn diese Herren alleamt den Freunden im Lande einmal ganz handgreiflich zeigen, wie notwendig feinerseit die Trennung von ihnen war, und wir fürchten auch nicht, daß solche Kinder- streiche noch viel Unheil anrichten können. Aber die eine Folge werden und sollen sie haben: Wir werden dieser Unerulanten- arbeit durch positive Arbeit zeigen, daß wir stark und daß sie — es nicht sind. Wir wollen ihnen die Reizung zu größerem Unmuthen recht gründlich und möglichst ein für allemal austreiben.“

Die reformerische „Hess. Rundschau“ vermag die auch von uns mitgeteilte Angabe der „Deutsch-Sozialen Blätter“, daß Abg. Werner seiner Zeit schriftlich aner- kannt habe, er werde in Rinteln-Hofgeismar sich nur als deutschsozialer Kandidat wählen lassen, nicht zu leugnen. Sie revanchiert sich aber für die peinliche Indiskretion durch einige hochhaffte Bemerkungen gegen den Führer der anderen antisemitischen Gruppe:

„Die Behauptung, eigentlich sei nicht Werner, sondern Herr von Liebermann in den Jahren 1890 und 1893 der Sieger im Wahl- kreis Rinteln-Hofgeismar-Wahlbezirk gewesen, kann bei allen Kennern der Verhältnisse nur helle Heiterkeit auslösen. Wir lassen selbstverständlich einem alten Herrn, der auf seine Art ganz tapfer und auch ohne wesentliche Erfolge, im Leben gekämpft hat, gern das Vergnügen, sich den Rest seiner Tage mit holden Illu- sionen und harmlosen Reusen zu misserieren zu versehen, und diese Reusenmischerien würden uns nicht zur Emigration reizen.“

Für die Wähler in Rinteln-Hofgeismar, die bisher einem der Antisemiten das Mandat verschafften, muß es eine wahre Wonne sein, die verschiedenen „Richtungen“ sich so ablagbalgen zu sehen.

#### Keine Jubiläen mehr! In Meiningen wird fol- gender Regierungserlaß bekannt gegeben:

Am 20. September d. J. werden 40 Jahre verflossen sein, seit- dem Seine Majestät der Kaiser die Regierung des Landes übernommen haben. Seine Majestät haben anlässlich seines 80. Geburtstages aus allen Kreisen der Bevölkerung zu viele und so herzliche Beweise der Liebe und Verehrung erhalten, daß Seine Majestät dringend wünschen, es mögen alle etwa zum 20. September beabsich- tigten Gedenkfeiern und Ehrungen, in welcher Form auch immer sie geplant sein könnten, unter- bleiben. Auf höchsten Befehl wird dies hiermit bekannt gegeben. Was wird man in Breslau zu diesem Umsturz all- gemeinlicher monarchischer Tradition sagen, wo doch eben erst 50,000 Mk. zum Verpulvern bewilligt worden sind.

Der Postdienst auf der Anklagebank. Auf die karge, unangemessene Entlohnung der unteren Postbeamten verweist in einer Verhandlung vor dem Chemnitzer Schwurgericht der Staatsanwalt. Ein früherer Postbote (Landbriefträger) aus Osdorf l. G. hatte sich

wegen Unterschlagung anderer Gelder im Ge- samttrage von 1219 Mark zu verantworten. Er befand sich in einer Notlage, als er, der nach den verschiedenen Abzügen mit einem Monatsentnommen von 59.86 Mark zu rechnen hatte, sich an dem ihm anvertrauten Gelde vergriß. Das erkannte auch der öffentliche Ankläger, der Staatsanwalt, an. Er selbst trat für Milderung der Umstände warm ein, indem er auf das übrige Gehalt hinwies, das ein Mini- mum betrage, unter dem selbst der einfachste Handarbeiter nicht arbeite. Die Tat des Ange- klagten sei deshalb zu verstehen, und da schon die Mindeststrafe bei Annahme mildernder Umstände eine hohe sei, bitte er um Zubilligung mildernder Umstände. Die Geschworenen gaben dem Antrage statt. Aber das Gericht erkannte auf sieben Mo- nate Gefängnis und eine mit noch einem Monat über die Mindeststrafe hinaus.

Der Kolonialumbf. Zu der Untersuchungs-Angelegenheit im Kolonialamt werden jetzt weitere Einzelheiten gemeldet. Am Sonnabend haben bei den Beamten des Amtes, gegen die das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren sich richtete, polizeiliche Durchsuchungen stattgefunden. An die Durchsuchungen im Amt selbst, schlossen sich Hausdurchsuchungen. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Das Verfahren richtet sich zunächst gegen die Be- amten, denen der Geheimbericht hinsichtlich ursprünglich gewesen ist. Darunter befindet sich keiner der höheren Beamten des Amtes. Bereits seit einiger Zeit bestand kein Zweifel darüber, daß irgend ein Bureau- oder Kanzleibeamter heimlich Material zusammen- zubringen. Aus diesem Anlaß schwebten längst polizeiliche Ermitt- lungen, als durch die Veröffentlichung des Geheimberichts sofortiges Einschreiten notwendig wurde. — Viel wichtiger wäre es, den Zu- ständen abzuhelfen, die den Geheimbericht veranlaßt haben.

Eine bürgerliche Sympathieausdeutung für die Russen. Aus Berlin wird gemeldet: Montag fand in der „Tor- halle“ eine große Versammlung statt, um gegen die russischen Massaker zu protestieren. Den mit stürmischem Beifall ausgenom- menen Vortrag hielt der bekannte Berliner Strafrechtsexperten- professor von List. Die Versammlung nahm einstimmig eine Reso- lution an, in der dem tiefsten Mitleid für die Opfer der russischen Greuelthaten Ausdruck gegeben und der Wunsch ausgesprochen wird, daß es den Kulturmächten gelingen möge, Rußland den Verfassungs- staat zu geben. Es wurde beschlossen, die Resolution dem Duma- präsidenten telegraphisch zu übermitteln.

### Insland.

#### Attentat auf das schweizerische Asylrecht.

Die „freie“ Schweiz hat in letzter Zeit durch verschiedene recht geoffene Maßregeln die Mißbilligung aller Freiheitsfreunde erregt. Der Züricher Stadtrat hat beschlossen, „schriftenlosen Ausländern“ in Zukunft nur noch ausnahmsweise und nur noch auf beschränkte Zeit die Niederlassung zu erteilen. Der Beschluß wird noch verschärft dadurch, daß die Polizeidirektion des Stad- rats eingeladen wird, die Verhältnisse der in der Stadt Zürich niedergelassenen schriftenlosen Ausländer zu prüfen und über die Fortdauer bereits erteilter Niederlassungsbewilligungen Antrag zu stellen.“ Mit den schriftenlosen Ausländern sind diejenigen ge- meint, denen es an regelrechten Ausweispapieren fehlt. Es wer- den also in ihrer Mehrzahl Leute sein, die mit ihren respektiven Regierungen auf Abseitsstapfen stehen, alle politischen Mitsprache- Befugnisse. Die Ausnahmebestimmung ist umso verwerflicher, als man schon bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung es wohl in der Hand hätte, solche Elemente, die wirklich aber ver- meintlich eine „Gefahr“ für den Staat bilden, auszuweisen konnte. Es sind auch keinerlei außerordentliche Ereignisse eingetreten, die es als zwingende Pflicht erscheinen ließen, zu einer Maßregel zu greifen, die auf alle Fälle geoffen und in ihren Wirkungen im höchsten Grade inhuman ist. Wenn man sich das Verhalten der Züricher Behörden gegenüber den Russen in der letzten Zeit ver- gegenwärtigt, so wird man nicht schwer erraten, daß diese Maß- regel in erster Linie gerade gegen die Opfer des zürcherischen Ab- solutismus gerichtet ist. Und dies in dem Augenblicke, wo die ganze geoffene Welt mit Entsetzen erfüllt ist über die Verbrechen in Blochhof, wo das tiefste Mitleid mit den unschuldigen Opfern alle Erwägungen praktischer Natur in den Hintergrund drängen mußte. In diesem Augenblicke begeht der Züricher Stadtrat ein neues Attentat auf das Asylrecht, auf das die freien Schweizer sonst so stolz waren.

#### Der Protest der Proletarier.

Montag Nachmittag brach wegen der Verhaftung von vier Sozialistenführern der Generalstreik in Degerlein (Aargau) aus. Der Streik wurde jedoch, nachdem auf Anordnung der Re- gierung die Freilassung der Verhafteten erfolgte und die Abhaltung eines Protestmeetings gestattet wurde, nach einigen Stunden ein- gestellt.

Neue Agrarunruhen in Süd-Italien werden aus Minervino im Kreis Bari gemeldet. Dort ist es zwischen den Schmittlern und den Genossen zu einem Zusammenstoß gekommen, bei dem ein Arbeiter verunverletzt und 6 verhaftet wurden. Zur Unter- stützung der Polizei sind 160 Mann Militär eingesetzt, so daß nun wiederum alle Vorbereitungen für weitere Blutvergießen gegeben sind. In Bari selbst ist eine lebhafteste Agitation unter den verschiedenen Berufsgruppen im Gange. So versuchten die Metallarbeiter, sich einen geregelten Stundenlohn zu erringen.

Unsere französischen Parteigenossen im Parlament haben eine Reihe Anträge eingebracht, von denen wir die folgenden als die wichtigsten hervorheben: Vahly beantragte die Einsetzung einer Permanentenkommission zum Studium der Fragen betreffend die Bergbau-Industrie. Der Genosse Conflans fordert die Summe von 500,000 Francs zur Unterstützung der Arbeiter. Ein anderer von ihm eingebrachter Gesetzesentwurf hat die Unterdrückung der Wahlkassungen zum Ziel. In einem anderen Antrag fordert Conflans die Beseitigung des Artikels 7 des Gesetzes vom 8. De- zember 1849, betreffend die Ausweisung von Ausländern und schließlich hat derselbe Genosse ein Gesetz eingebracht, welches die Versicherung der Landarbeiter gegen Unfall vorsieht. Die von Vahly beantragte Resolution ist bereits zur Annahme gelangt.

### Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Parteitag Mannheim 1906. Alle den Parteilager betreffenden Anfragen, Anmeldungen (Wohnungen u. dergleichen) sind an den Vorsitzenden des Parteitagskomitees, August Dreesbach, Mannheim, Drucker der „Volkstimme“, R. 3, 14, zu richten.

Vom Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses

Soll künftighin die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft oder zum Ausschänken von Wein, Bier oder anderen nicht unter die Gattung von Branntwein oder Spiritus fallenden geistigen Getränken nach dem vom Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegten neuen Ortsstatut abhängig sein. Der Magistrat begründet die Neuerung damit, daß er zwar ernste Bedenken getragen habe, den Stadtausschuß mit der Anwendung „des in seiner juristischen Unbestimmtheit und Dehnbarkeit für die Rechtspflege unerwünschten Begriffs des vorhandenen Bedürfnisses“ zu befragen, daß er sich neuerdings aber doch überzeugt habe, daß durch die jetzt bestehende halbe Konzession sehr mißliche Zustände geschaffen werden, deren Zunahme ernste Besorgnis erwecken könne.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Die Generalversammlung des Bundes der Arbeitgeber des Maurer- und Zimmerergewerbes hat den mit den Organisationen der Arbeitnehmer vor dem Gewerberichter Dr. Grabenitz vereinbarten abgeänderten Tarif angenommen. Derselbe hat auf zwei Jahre hin Gültigkeit.

Der deutsche Schornsteinfegermeistertag ist am Montag im Schlegelwerder eröffnet worden.

Die Herren Innungsfratzen werden über alles Mögliche weisen Rats pflegen, darüber aber, daß ihre Arbeiter auch ein Recht haben, endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bekommen, wird sicher nicht ein Wort verloren werden. Die Schornsteinfegergehilfen werden wohl endlich einmal selbst daran denken müssen, sich zu helfen. Lange genug haben sie gewartet.

Was dem Gewerkschaftskartell.

In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Gewerkschaftskartells lagen wichtige Punkte zur Beratung vor. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Peterhansel die Mitteilung, daß in Breslau gegenwärtig ein von der englischen Regierung beauftragter Kommissar weit heftiger Sammlung statistischen Materials über die Arbeitsverhältnisse, ihre Einkünfte, Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsbedingungen etc. Der Kommissar hat sich mit Empfehlungen an das Arbeitersekretariat abgeben, ihm in der Aufbringung des erforderlichen Materials behilflich zu sein. Das Sekretariat hat ihm die Hilfe zugesagt. Der Kommissar wünscht vor allem die Tarifverträge zu besitzen. Ferner werden fünfzig Fragebogen zur Ermittlung aller notwendigen Auskünfte, die Fragen müssen gewissenhaft ausgefüllt werden, damit die englische Regie eine ein lares Bild von den deutschen Arbeiterverhältnissen erhält. Die Fragebogen werden an die betreffenden Gewerkschaften übermittelt, von wo aus sie an zuverlässige Personen zur Ausfüllung zu übergeben sind.

Alsdann erhielt Parteisekretär Neukirch das Wort zu seinem Referat „Die Steuern und das Bürgerrecht“. Er führte aus, daß die Steuerfrage aktuell geworden sei, weil im Herbst dieses Jahres Stadtverordnetenwahlen in Breslau stattfinden und insolge dessen müssen schon jetzt die umfassendsten Vorlesungen getroffen werden, die Zahl der Wähler zu vermindern. Die Ausführungen fanden ungeheuren Beifall. Der nächste Punkt betraf die Aussperrung der Steindrucker und Lithographen. Herr Pöner unterbreitete dem Kartell einen Antrag der Generalkommission auf Unterstützung der im Kampfe stehenden Steindrucker und Lithographen. Mehr als 3000 sind ausgesperrt und 800 streiken. Der Schlichter des Steindruckereibesitzer wendete alle brutalen Mittel an, die Arbeiter zu zwingen, die Beschäftigung bedingungslos aufzunehmen. Genosse Globig schilderte in längerer Diskussion die Sachlage, wobei er der Behauptung entgegentrat, daß die Forderungen unberechtigt wären. Breslau habe die schlechtesten Löhne, die Kollegen in anderen Städten wiesen immer auf die schlechten schlesischen Verhältnisse hin, die entschieden verbessert werden sollten, und darum sind Forderungen gestellt worden. Globig erwiderte auch die Ursachen, warum an die Gewerkschaften der Appell auf Unterstützung ergebe, der Kampf währt bereits zehn Wochen. Durch Verleihen einer kleineren Anzahl von Mitgliedern des Generalbundes sei die Gewerkschaftsklasse gesperrt worden, ein Vorfall, der einzig in seiner Art dasthe. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, so schnell wie möglich Mittel zur Unterstützung aufzubringen, auf welche Weise, bleibt den Gewerkschaften überlassen. Hieran kam die leidige Auseinandersetzung der Differenzen zwischen den Verbänden der Transport- und Beteiligter Arbeiter und der Brauerei-Arbeiter. Die Ursache ist anderen Lesern bekannt. Zimmer beantragt im Namen der Ortsverwaltung, daß der Verband der Brauerei-Arbeiter mit der Agitation unter den Bierfahrern aufhören und sich dem Beschluße der Zentralverbände, der von der Generalkommission sanktioniert worden sei, fügen solle. Der Beschluß des Zentralverbandes lautet: Die dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigten Arbeiter sind der Organisation ihres Berufes zuzuführen. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen dem beteiligten Zentral- bzw. Gewerkschaften. Zimmer erwiderte auch in seinen Ausführungen auf die Schwierigkeiten hin, die dem Transport-Arbeiterverband durch die Brauerei-Arbeiter bei Aufstellung eines Tarifs für die Bierfahrer bereitet worden. Die Bierfahrer seien im Verufe selbst nicht tätig, sie seien Berufsfremde, und so gehörten sie zu den Transportarbeitern. Zimmer besprach auch die sonstigen Mandate der Brauerei-Arbeiter gegen die Transportarbeiter. Genosse Bischof, Vertreter des Brauereiverbandes bestreitet, daß die Bierfahrer Berufsfremde seien, sie müßten auch, wenn es not tue, im Betriebe tätig sein. Die

Bierfahrer gehörten einmal in den Verband der Brauerei-Arbeiter und von diesem Standpunkt werde nicht gewichen. Soweit die Bierverlaßgeschäfte in Betracht kommen, sei der Wunsch der Transportarbeiter berechtigt, nicht aber bei den Brauereien. Es folgte noch eine sehr lange Aussprache, an der sich Zimmer, Mebel, Wainwald, Lindner u. a. beteiligten. Wegen der vorgebrachten Zeit mußte abgebrochen werden. Die Reihen der Genossen hatten sich schon sehr gelichtet. Fortsetzung in der nächsten Sitzung als erster Punkt. Sämtliche weiteren Anträge mußten gleichfalls abgesetzt werden; Mitternacht war vorüber. In die Lokalkommission werden folgende Genossen gewählt: Mehlert, Machol, Richter, Mebel, Schölich und Wibera. — Beim Aufbruch folgende Delegierte: Daubitzsch, Daubitzsch, Böbel, Daubitzsch, Max Winkler, Pader, Wagner, Buchdruckerhilfsarb. Müller, Bühnenarb. Pöselmann, Bühnenarb. Dörmann, Dachdecker Wäza, Dachdecker Köblich, Glaser Faber, Dolm. Ehrlich, Holzarb. Peiser, Kärchner Stiller, Steinarb. Bente, Steinseher Machol, Steinseher Kaufop, Tabalarb. Fiebig, Lithograph Hoffmann, Textilarb. Morche.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Schmiede! Die Firma Rudolf S a d in Leipzig-Plagwitz sucht „bei hohem Verdienste“ Schmiede. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Schmiede dieser Firma sich seit dem 8. Juni im Streik befinden. Es ist erforderlich, daß alle Schmiede, die sich etwa nach Leipzig wenden wollen, dies streng beachten.

Der Zentralverband der Schmiede. Ortsverwaltung Breslau.

J. N.: August Peukert.

Achtung, Maurer! Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, findet im großen Saale der „Wilhelmshöhe“, Hubenstraße 125, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der über den Stand der Einigungsverhandlungen mit den Arbeitgebern Bericht erstattet und endgültiger Beschluß gefaßt werden soll. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Die Lokalverwaltung.

Achtung, Schuhmacher! Wir machen auf die am Mittwoch, den 27. Juni, in der Scala stattfindende öffentliche Schuhmacherversammlung aufmerksam. Ueber die Entlassungen der Firma Gottheiner wird dort referiert. Anfang Abends 8 Uhr.

Zentralverband der Schuhmacher, Pahlstraße Breslau.

Achtung, Bauarbeiter! Hiermit geben wir bekannt, daß Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht ein pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Die Lokalverwaltung des Bauhilfsarbeiter-Verbandes.

Aus Schlesien und Polen.

Der abgewiesene Oberpräsident.

Gegen den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien klagt der Polizeibeamt Jendrosski in Plesch O.-S. auf Aufhebung einer Ordnungsstrafe von 30 M. Er war bei dem Bürgermeister und später bei dem Regierungspräsidenten in Oppeln unter Berufung auf seine Krankheit wiederholt um Urlaub eingekommen, indes von beiden Instanzen abschlägig beschieden worden. Darauf blieb J. in der folgenden Zeit eigenmächtig vom Dienst fort und trat denselben auch auf Aufforderung des Bürgermeisters und des Regierungspräsidenten nicht wieder an. Der Regierungspräsident in Oppeln erteilte darauf eine Verfügung gegen J., in der dieser in eine Ordnungsstrafe von 30 Mark genommen wurde. Gegen diese Verfügung erhob J. zunächst Beschwerde bei dem Oberpräsidenten, und, als diese zurückgewiesen wurde, Klage im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts kam zu folgender Entscheidung: Der Bescheid des Oberpräsidenten und die darin aufrecht erhaltene Verfügung des Regierungspräsidenten werden aufgehoben.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Auf dem Pleßischen Tiefbau in Waldenburg verunglückte der Bergbauer Kunert aus Neu-Waldenburg am Sonnabend Morgen zu Tode, indem er beim Ausfahren von der Förderseile in einen Eisenstachel stürzte. — Ein tödlicher Sturz endete dem Handelsgärtner Pöhl in Schweidnitz vorzeitig das Leben. Bei der Heimkehr in die Wohnung verfehlte er in einem Hause der Bögenstraße eine Treppenkante. Er stürzte ab und erlitt so schwere Verletzungen am Kopf, daß er nach kurzer Zeit verstarb. — Ein großes Schadenfeuer brach am Sonntag in der fünften Nachmittagsstunde in einem von elf Parteien bewohnten Hause auf der Gartenstraße in Schmiedeberg aus. Es sind fast durchweg Familien mit großer Kinderzahl, die vom Brandschaden betroffen wurden, für sie umso empfindlicher, weil ihre Habseligkeiten gegen Feuerkatastrophen nicht versichert waren. Die Entstehungsurache steht zwar noch nicht fest, es ist anzunehmen, daß Funken aus einer unrichtig gewordenen Stelle des Schornsteins das Feuer verurteilt haben. — Die Zahl der Scheunenbrände mehren sich in Goldberg in erschrecklicher Weise. Sonntag brannte die dem Ackerbürger Richter gehörige und „unter der Hölle“ gelegene Scheune vollständig nieder. Leider wurden dabei auch mehrere Ackergeräte, eine Drillmaschine, ein Rebeder und ein offener Wagen sowie fünf Fuder Stroh ein Raub der Flammen. Nach einem dieser Tage im Postkasten am Postgebäude vorgefundenen Briefe sollen in nächster Zeit noch mehrere Brände stattfinden. — Am Sonnabend Nachmittag konnte der aus Strehlen in Wansen um 4 Uhr 22 Minuten eintreffende gemischte Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Wansen nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr gegen den Freiloch. Der Lokomotivführer erlitt beim Abspringen von der Lokomotive einen Beinbruch. Ein Reisender wurde leicht verletzt. — Der Maurer Franz Wielan aus Szepankowitz, Kreis Ratibor, hatte sich mit noch einem Arbeitskollegen als Schlafstelle einen mickrigen Heuhaufen bei der Kapelle an der Gostiner Chaussee bei Nicolai ausgesucht. Die bedauernde Wirkung des Heubusses bewirkte bald eine tiefe Ohnmacht beider. Einer von ihnen, der für Augenblicke die Bewußtsein wieder erhielt, konnte sich noch retten, indem er aus dem Bereich des Heuhaufens kroch. Wielan jedoch wurde am Morgen als Leiche aufgefunden. — In der Wiege erlitt in das 4 Monate alte Töchterchen des Gastwirts Lewandowski in Nikolai. Als die Eltern am Mittwoch früh das Kind wecken wollten, fanden sie dasselbe als Leiche. Infolge schlechten Wetters waren die Weichen dem Pirbe über das Gesicht gerutscht, so daß das Kind keine Luft bekam und erstickte. — Die zehnjährige Tochter eines Rechtsanwalts in Königsbrunn wurde von mehreren Männern geraubt und auf einem Wagen davongeführt. Es gelang dem Mädchen aber schon nach kurzer Zeit in einem unbewachten Augenblicke zu entfliehen und die Haltestelle Biewersdorf der elektrischen Straßenbahn zu erreichen, von wo es zu Hause bereits am selben Vormittag, an dem der Raub erfolgt war, wieder eintraf. Die nach den Eltern angestellten Ermittlungen scheinen noch kein Resultat ergeben zu haben. — Die Kriminalpolizei in Wansen verhaftete Sonntag Abend drei russische Einbrecher in dem Augenblicke, als sie das Kellergewölbe der polnischen Bank Moskianski durchbrochen hatten und die Geldbestände zu plündern begannen.

Tropen-Trotha gegen den Reichstag.

Generalleutnant von Trotha hat bei der am Sonnabend ihm zu Ehren von seinen gleichem veranstalteten Abschiedsfeier eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: „Er sei sich bereits im Mai 1904, als er zum dritten Male nach Afrika ging, bewußt gewesen, daß der Khatirod, den er mit einigen Unterbrechungen seit zwölf Jahren getragen habe, auch sein Sterbehemd werden würde. Er sei sich bewußt, als Soldat und Beamter seine Schuldigkeit getan zu haben. Die Geschichte werde ihr Urteil fällen, ob er grundlos der grausame Kriegsführer war, und ob dieser Krieg auf andere Weise enigentlich zu beizulegen sei. Es sei und bleibe ein Massenkampf, und vor Beendigung dieses Krieges die Flugblätter anzulegen, sei vergebliches Bemühen. Das eiserne Rad der Zeit werde die Redner der Volkstribüne mit ihrem Partei-Interesse zer-malmen.“ Oberst Deimling hat sich kürzlich eine ähnliche — sagen wir — Unhöflichkeit gegen den Reichstag erlaubt. Das scheint wohl die Folge des tropischen Klimas zu sein!

Vom elektrischen Strom verletzt. Durch eine merkwürdige Verkettung von Umständen kam es am 25. d. M. auf dem Telephon-Bermittlungsamt Friedrichsberg bei Berlin zu einem bedauerlichen Unfall, indem drei Telephonistinnen vom elektrischen Strom verletzt wurden. Eine Telephonleitung war auf dem Straßendamm gefallen und mit dem Oberlathel der Straßenbahn, an dem gerade zu gleicher Zeit Reparaturarbeiten vorgenommen wurden, in Verbindung gekommen, hierdurch wurde Starckstrom erzeugt, der die drei Damen traf. Sie brachen wie vom Blitz getroffen zusammen; zwei erholten sich bald wieder, bei der dritten machten sich schwere Lähmungserscheinungen bemerkbar.

Bergnügungen.

Breslauer Sommertheater. Die Proben für die am Sonntag, den 1. Juli e. stattfindende Eröffnungsvorstellung des lustigen Schwanks „Hotel Pompadour“ sind in vollem Gange. Für die Hauptrolle, mit der Alexander in Berlin so großen Erfolg hatte, wurde der beliebte Komiker und Boulevard des Berliner Schillertheaters, Herr Bernhard Hermann gewonnen. „Hotel Pompadour“ geht vorläufig am Sonntag und Montag in Szene. — Dienstag eröffnen Frau Enselbitt, Herr Steinrück und Herr Hartau ihr Gastspiel mit Bedeutsames „Erdegeist“, dem hier mit größtem Interesse entgegen gesehen wird.

Briefkasten.

Sch. Dittersbach. 1. Der überlebende Ehegatte erbt nach § 1931 des B. G. B., wenn keine Kinder vorhanden sind, neben den Eltern und Geschwistern des Erblassers und Großeltern die Hälfte des Nachlasses, außerdem die zum Haushalt gehörenden Gegenstände, wie Möbel, Haus- und Küchengerät und die Hochzeitsgeschenke. Das Pflichtteil besteht in der Hälfte des Wertes des gesetzlichen Erbteils und kommt nur bei Vorliegen eines Testaments in Frage. 2. Die Töchter sind den Eltern gegenüber unterhaltspflichtig, nicht aber deren Ehemänner, also die Schwiegereltern.

Paul Werner, Bayreuth. So lange Sie nicht Ihren wirklichen Namen verschweigen und sich nicht als Parteigenossen legitimieren, werden wir Ihr Eingekannt gegen Bürgermeister und Stadtbild nicht bringen.

Fisch. Die Fischerei steht unter der Verwaltung der Regierung. Wenden Sie sich an die königliche Regierung zu Posen.

G. S. Sie sind verpflichtet, die Ihrem Gläubiger aus der Pächung einer Hypothek entstehenden Kosten zu erstatten. Diese Verpflichtung ergibt sich neben den allgemeinen Rechtsgrundsätzen auch aus § 1144 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Julius R., Striegen. Sie dichten noch nicht ganz so schön, wie H. Heine, haben aber großes Talent, Ihre Grammatik zu vervollkommen. Wir geben Ihnen den guten Rat, sich dem Studium von Stein und Virginius, einer berühmten Doppelkürze, zu ergeben. Gehen Sie in sich, und halten Sie nicht alles für dreckig, was aus der Feder fließt. Die Konkurrenz ist groß und der Abzug gering.

Neustadt. Bei genauer Durchsicht des betreffenden Sages werden Sie finden, daß dem Sinne nach nichts anderes gesagt worden ist, wenn auch die Form eine andere ist. Wir holen gern nach, daß sich das Gelagte speziell auf die bei der Firma S. Fränkel beschäftigten Tischler bezieht.

Dr. S., Weutchen. Aus der Aufschrift ist ersichtlich, daß die Genossen sich um ihre Obliegenheiten als Wähler für die Gewerkegerichtsbeiräte bisher wenig gekümmert haben. Die einschlägigen Bestimmungen lauten (§ 16 des Reichsgesetzes betreffend die Gewerkegerichte): Sind Wahlen nicht zustande gekommen, oder wiederholt für ungültig erklärt, so ist die höhere Verwaltungsbehörde beauftragt: a) Die Wahlen, soweit sie durch Arbeitgeber oder Arbeiter vorzunehmen waren, durch den Magistrat und, wo eine solche nicht vorhanden ist, oder wo das Statut dies bestimmt, durch die Gemeindevorstellung, in weiteren Kommunalverbänden durch die Vertretung des Verbandes vorzunehmen zu lassen; b) soweit die Wahlen vom Magistrat oder der Gemeindevorstellung oder der Vertretung eines weiteren Kommunalverbandes vorzunehmen waren, die Mitglieder selbst zu ernennen. — Ihr werdet gut tun, drückende Notizen auszuscheiden und aufzubewahren.

Verrens-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

- Dienstag, den 26. Juni: Metallarbeiter-Verband (Guananischläger). Abends 8 Uhr: Versammlung Zimmer Nr. 3.
Mittwoch, den 27. Juni: Zentralverband der Schmiede. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Saalstraße.
Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
Sonntag, den 8. Juli: Freie Turnerische. Abends 7 Uhr: Quartals-Versammlung im Zimmer Nr. 2.
Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:
Distrikt 1 (Gast).
Mittwoch, den 27. d. M., Abends 8 Uhr, Zusammenkunft und Sachabend.
Distrikt 3 (Größtlicher Vorstadt).
Bezirk 1, 2, 6-11. Mittwoch den 27. Juni: Zusammenkunft und Sachabend.
Distrikt 6 (Nicolaitor).
Bezirk 4, u. 15 (umfassend Andreeßenstr. 1-31 u. 2-30): Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Sachabend.
Sonntag, den 30. Juni, Abends 8 1/2 Uhr: Abrechnung bei Bezirksführer.
Distrikt 12.
Sonntag, den 1. Juli: „Volkswacht“-Agitation vom bekannten Lokale aus. Ausgabe des Materials Freitag, den 29. Juni.
Sach-Distrikt 7.
Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft in Groß-Michaelisch.
Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Radlof. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöng. — Druck von Th. Schöng. G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Siergen 1 Sonntag.

# Leinenhaus Bielschowsky

Breslau, Nikolaistrasse 76, Ecke der Herrenstrasse.

Der grosse, alljährlich nur einmal stattfindende

2895

## Sommer-Ausverkauf

beginnt **Mittwoch, den 27. Juni** und dauert bis **Montag, den 2. Juli** (abends 8 Uhr).

Zurückgesetzte oder unsauber gewordene **Damen-, Herren- und Kinderwäsche.**

Einzelne u. fehlerhafte **Tischtücher, Servietten, Handtücher, Wirtschaftswäsche** weit unter Preis.

Weisse und bunte **Bettbezüge, Inletts, Unterbetten, Betttücher** in bewährten Qualitäten, sehr wohlfeil.

**Taschentücher** mit kleinen Webfehlern in besten reinleinenen Qualitäten.

Weisse und bunte **Wirtschafts-Schürzen, Damen-Reform- und Kleider-Schürzen, Kinder-Mäntel- und Schul-Schürzen.**

Seltene Kaufgelegenheiten.

**Waschblusen** 25 bis 50 Prozent unter regulärem Preis.  
**Jupons**  
**Morgenröcke**  
**Morgenjacken**

**Bade-Wäsche**  
Bade-Anzüge für Damen und Mädchen.  
Badehosen u. Anzüge für Knaben u. Herren.  
Bademäntel, Badelaken, Frottierhandtücher.  
10 Prozent unter Preis.

Riesige Mengen des in den Zuschneide-Ateliers angesammelten Restes von weissen **Leinen, Renforcés, Linons, Madapolam, Bettstoffen**, weissen und bunten **Barchenden, Stickerchen, Spitzen** etc. etc.

Baumwollene u. wollene **Trikotunterzeuge** für Damen, Herren und Kinder, **Sporthemden, Herren- und Knaben-Sweaters, Damen- und Kinderstrümpfe, Herrensocken** etc. etc.

Zurückgesetzte wollene u. baumwollene **Schlafdecken, Steppdecken, Daunendecken, Plaids, Tücher** etc. etc.

Reste und einzelne Fenster in **Tüll-, Spachtel- und Bandgardinen, Tüll-, Spachtel- u. Band-Stores, Portieren, Tuch- und Leinwandplüsch-Dekorationen, Tisch- u. Diwan-Becken**, fehlerhafte und zurückgesetzte **Teppiche, Läufer-Stoffe, Linoleum-Teppiche** etc. etc.

Verkauf nur gegen Barzahlung. — Umtausch nicht gestattet. — Auswahlendungen werden nicht gemacht.

### Achtung! Zimmerer! Achtung!

Mittwoch, den 27. Juni cr., abends 8 Uhr:

#### Mitgliederversammlung im „Tivoli“, Neudorfstr. 35.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal 1906. 2. Unser Lohn- und Arbeitsvertrag für 1906—1908. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Mitgliedsbücher legitimieren in der Versammlung.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es nötig, daß alle Kollegen erscheinen.

2701

#### Die Lokalverwaltung.

Am 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann und Vater, der Eisenhobler

### Anton Baumgart

im Alter von 42 Jahren.  
Dies zeigt tiefbetrubt an  
Die trauernde Witwe **Ernestine Baumgart**  
nebst Tochter.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel. 2687

Am 23. d. Mts. starb unser Mitglied, der Arbeiter

### Anton Baumgart

im Alter von 42 Jahren  
Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel.  
Trauerhaus: Hildebrandtstrasse 7. 2684

Am 24. d. Mts., nachm. 3 Uhr, verstarb nach langem Leiden unser Freund und Kollege, der Hobler

### Anton Baumgart

im Alter von 42 Jahren.  
Sein Andenken bleibt unvergessen.  
Die organisierten Kollegen der Waggonfabrik Gebr. Hermann Aktien-Gesellschaft.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Barbara-Friedhofes in Cosel. 2685

Am 13. d. M. verschied plötzlich unser Freund und Kollege, der Tischler

### Ernst Simpich.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
(Zahlstelle Breslau).

Am 24. d. M. verschied plötzlich die Mutter unseres lang-jährigen Mieters und Mitbewohners

### Frau Dorothea John,

verw. Kattner.  
Ihr Andenken werden stets in Ehren halten  
Die Mieter des Hauses Kurzgasse 65.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhaus aus. 2688

**Nichts**  
geht über einen guten Vogelgefang. Dies zu erreichen ist leicht mit meinem

### Singfutter

in Paketen à 10 und 25 Bja. Ueberall käuflich.  
**Daniel Hoffmann, Paulstrasse 12.** 2222

**Stiebel's Etablissement.**  
**Cabaret:**  
Roland von Berlin.  
Neul Neul Neul  
Rezitator  
**Laurence.**  
Am Garten:  
Diensttag: Hebdol.

**Victoria-Theater**  
(Simmenauer Garten).  
Grosse internationale  
**Ringkampf-**  
**Konkurrenz.**  
Kampf beginnt 8 Uhr.

**SCALA.**  
Einz. überd. Sommer-Variété  
Nikolaistrasse 27.  
Lezte Woche:  
die Damen  
**Spezialitäten**  
singt  
**Willy Haase**  
in seinen neuen tollen Partien.  
Nach der Vorstellung:  
**Kränzchen.**

**Dominikaner.**  
Lezte Woche:  
**Die Original Preispiger**  
Dr. P. Reizer.  
Aufgang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Grosse 10 Pl. — Reserviert 20 Pl.

**Tischlerei**  
3 Bänke, nur bessere Privatarbeit.  
Schiff, seien billig zu verkaufen. 2700  
unter H. 3 an die Expedition der „Volks-  
macht“ erben. 2700

**Gute**  
**Restauration**  
mit eingeführter Rindfleisch (gr. Vereinszimmer) in fränkischer-  
halber zu verkaufen. 2700 unter  
A. 20 an die Exped. d. „V.“

**20 Ofenseher**  
Sucht  
Präzei, Breslau, Schmidam 5.

**Fussstrickerin**  
melle sich bei 2690  
Richter, Weihenburgerplatz 7, 4. Etg.

**Konfektion.** 2689  
Frauen u. Mädchen können sich melden  
Waldchen 18, I. Etage, Liebr.

Am Mittwoch für den Mann bis jetzt  
mühen. 2692  
Brigittenal Nr. 16, II. Etage.

Wird noch ein eheliche Ringisch-Singer-  
Rädm. zum Verkauf offeriert. 2689  
à 30 Pl. 2689  
Sowack, Andersenstr. 17, Vorderh. 4. Et.

**Schweißfüße**  
werden geheilt und trocken bei Gebrauch  
des **Erwin Meyer's 50 Pl. Ginstren-**  
buder 50 Pl. Drogerie am Landeshaus,  
Gartenstr. 75, Ecke Feuerstrasse. Nach  
auswärts 60 Pl. in Briefmarken. 2680

**Möbel**

**Auf Abzahlung**  
Von 2 Mk. an  
Anzahlung auf Bestellen mit Ratragen Schränke Bettstufen ufw.  
Von 8 Mk. an  
Anzahlung auf eine Wohnungs-Einrichtung.

**Anzüge, Hebrzieher, Betten, Kinderwagen, Gardinen, Teppiche.**  
**Max Biermann,**  
Ring 51, erste Etage  
neben der Stadtgasse.

**Achtung!**  
**Parteigenossen! Gewerkschaftler!**  
Da wir aus unserer bisherigen Stellung als **nädtische Arbeiter** von der liberalen Staatsverwaltung gemässregelt worden sind und auch anderweit „merkwürdigerweise“ keine Stellung finden konnten, haben wir uns genötigt, uns selbständig zu machen und eröffnen mit dem heutigen Tage

### Weissenburgerstrasse Nr. 38

ein **Zigarren- und Tabakgeschäft.**  
Ausserdem haben wir die Vertretung des altbewährten **Danes von Max Schmitz, Verlagbuchhandlung und Kunst-anstalt in Leipzig-Randau,** übernommen. Diese Firma ist die bedeutendste auf dem Gebiete der **Partiebilder, Gravirnadeln, Vereinsabzeichen** pp.  
Wir bitten alle Genossen, Gewerkschaftler, Freunde und Bekannten uns in unserem Unternehmen wirksam zu unterstützen. 2685

**Robert Studt,**  
ehemals Tischler im Nädtischen Gaswerk III.  
**Hermann Reichelt,**  
genannt Bender-Reichelt, früher Gasarbeiter der Gaswerke II und III.

**Billiger als überall**  
kaufen Sie sämtliche 1881  
**Schuhwaren**  
schwarz und farbig  
für **Herren, Damen und Kinder,**  
nicht die billig ausgestellten Preise machen es, sondern die für den Preis gebotenen Waren.  
**Ueberzeugung macht wahr.**  
**Theodor Mamlok,**  
14 Gräbischerstrasse 14.

**Wilhelm Liebknecht**  
**Sein Leben und Wirken.**  
Unter Benutzung ungedruckter Briefe u. Aufzeichnungen herausgegeben von  
**Kurt Eisner.**  
Mit **Porträts und Abbildungen.**  
Preis 60 Pfg.  
Zu haben in der Expedition der „Volksmacht“.

Max Stirner.

Vor fünfzig Jahren, am 26. Juni 1856, starb der Berliner Lehrer Kaspar Schmidt. Elf Jahre vor seinem Tode, als Neununddreißigjähriger, hatte es das Buch geschrieben, das ihm unter seinem Schriftstellernamen Max Stirner dauernden Nachruhm sicherte: „Der Einzige und sein Eigentum.“

Als Junghegelianer und Berliner „Freier“ gehörte Stirner zur geistigen Verwandtschaft des jungen Karl Marx. Beide gingen über den Philosophen Feuerbach, der zunächst auf sie beide starken Einfluß übte, ihren eigenen Weg zu zwei verschiedenen Zielen, die man heute noch gemeinhin als welt von einander getrennt annimmt: der eine zum rationalen Kommunismus, der andere zum rationalen Individualismus. Feuerbach hatte das Werk der Befreiung vom religiösen Dogma vollendet, in dem er alle Theologie als Anthropologie, und, wie schon die französische Revolution „die Vernunft“, nimm mehr „den Menschen“ zum höchsten Wesen des Menschen erklärte. Wie in jeder neuen Lehre lag auch in dieser die Gefahr eines neuen Dogmatismus; durch das Eindringen unklarer Gefühlselemente konnte sie leicht zu einer neuen Religion, d. h. Gebundenheit erstarrten — auch Marx hatte diese Gefahr früh genug erkannt. Schrieb er doch schon im September 1843 an Ruge: „Wir treten... nicht der Welt doktrine mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier und nie wieder. Wie entwickelten der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien! Die „Liebes-“ und „Menschlichkeits-“ Lehren eines kraftlos schwärmerischen Gefühlsozialismus waren der gemeinsame Feind. Marx und Stirner schritten beide auf dem Wege der Kritik weiter, um ihn zu überwinden. Marx ging über die Idee der Menschheit hinaus zur Wirklichkeit des lebenden Menschengeschlechts mit seiner wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und geistigen Zustände, — Stirner ging über sie hinaus — zu seinem eigenen Ich. „Das Ideal der Menschheit“, so schließt Stirner sein kritisches Bekenntnis, „ist realisiert, wenn die christliche Anschauung umschlägt in den Satz: „Ich, der Einzige, bin der Mensch... Stirner bin ich meiner Gewalt, und Ich bin es dann, wenn ich mich als Einziger weise... Jedes höhere Wesen über mir, sei es Gott, sei es der Mensch, schwächt das Gefühl meiner Einzigkeit und erbleibt erst vor der Sonne dieses Bewußtseins. Steh Ich auf mich, den Einzigen, meine Sache, dann steht sie mit dem Vergänglichen, dem sterblichen Schöpfer seiner, der sich selbst verzehrt, und Ich darf sagen: Ich hab mein Sach auf nichts gestellt.“

Dieses Goethewort: „Ich hab mein Sach auf nichts gestellt“, mit seinem Nachwort: „Und mir gehört die ganze Welt“, ist für Stirner der Ausdruck der höchsten persönlichen Ungebundenheit und Freiheit. Er hält nichts von der „guten Sache, der Sache Gottes, der Sache der Menschheit, der Wahrheit, der Freiheit, der Humanität, der Gerechtigkeit“, ein wenig, wie von der Sache „Meines Fürsten, Meines Volkes Meines Vaterlandes.“ Treiben nicht auch Gott, der Fürst, das Volk, die Menschheit, ihre eigene Sache. Sind Sie nicht „Egoisten“! Wohl, so will auch er nur seine Sache treiben und „Egisch“ sein.

Aber Egoismus ist nicht notwendig, Habsucht, Nachsucht, Unterdrückungslust, Freude am eigenen sinnlichen Genießen. Er ist es nur, wenn „Ich“ habfüchtig, machfüchtig, unterdrückungslustig, finsternreudig bin. Schon zehn Jahre früher hatte der Kommunist Georg Büchner in seinem Drama „Dantons Tod“ (1835) seinen Helden sagen lassen. Er leugne sowohl die Tugend wie das Laster: „Es gibt nur Epikureer, und zwar grobe und feine; Epikureer war der feinste; das ist der einzige Unterschied, den ich herausbringen kann. Jeder handelt seiner Natur gemäß.“ Was bei Büchner Behauptung ist, wird bei Stirner zur Forderung: Ich will nur Meiner Natur gemäß handeln! Diese Natur kann wohl, sie muß aber keineswegs von jener Art sein, die der gewöhnliche Sprachgebrauch

als „egoistisch“ bezeichnet. „Ich sehe nicht bloß darauf“, schreibt er, „ob etwas mir als sinnlichen Menschen nützt. Ist denn die Sinnlichkeit bloß meine ganze Eigenschaft? Nein, eigen bin ich erst, wenn nicht die Sinnlichkeit, aber ebensoviele ein anderer (Gott, Menschen, Obrigkeit, Gesetz, Staat, Kirche usw.) mich in der Gewalt haben, sondern Ich selbst. Die Eigenheit schließt jedes Eigene in sich, hat aber keinen fremden Maßstab, wie sie denn überhaupt keine Idee ist — wie Freiheit, Stillschließung und dergl., sondern nur eine Beschreibung des Eigners.“ Man sieht hier deutlich, daß bei Stirner ebenso wie bei Marx die Absicht war, aus der philosophischen Verallgemeinerung zur wirklichen Besonderheit zu gelangen; aber Marx ist seinen Weg bis zum Ende gegangen, er hat eine „Beschreibung“ des Wirklichen, der lebenden Menschen und ihrer Verhältnisse zu einander und zu den Sachen geliefert, und diese Beschreibung ist für die lebenden Menschen und die Menschen, die nach ihnen leben und noch leben werden, zum dauernden Gewinn geworden. Stirner aber — gleichsam als er ahnte, daß er in eine Sackgasse eingetreten, bleibt am Anfang stehen: er liefert die „Beschreibung des Eigners“, der eigenen „Eigenheit“, die ihm das Allerwichtigste ist, nicht, weil er sonst, statt den Dorn der Mit- und Nachwelt zu ernten, den Fuchs der Döcklichkeit anheimgelassen wäre. Denn der Gang der menschlichen Dinge hängt nicht davon ab, ob Kaspar Schmidt lieber auf Federbetten oder auf Rohhaar-Matratzen schläft, ob er lieber frische Äpfel oder gedörrte Pfäfen zum Nachtisch nimmt, ob er die Seele von einem Menschen oder eine niederträchtige Kanaille ist.

Indem sich Stirner von allem rein Spekulativen befreit, gerät er erst recht in eine unfruchtbare Spekulation, die aller Wirklichkeit entbehrt ist. Sein eigenes „Ich“ kann nur dort existieren, wo es keine Bedeutung hat, das heißt dort, wo es kein anderes gibt, zu dem es sich in Gegensatz stellt. In dem Augenblick, da „Ich“ „Meiner“ bewußt werde, bin ich nicht mehr ganz mein eigenes „Ich“; meine Art, zu stehen, zu denken, ist von fremder Art zu fühlen und zu denken beeinflusst, meine ganze „Eigenheit“ ist das Produkt einer hunderttausendjährigen Entwicklungsgeschichte, die vor mir liegt. „Ich“ kann daher kein Geniee daran finden, „Mach“ zu beschreiben, und von je höherem Interesse „Mir“ „Meine Eigenheit“ ist, desto wichtiger ist es für mich zu erfahren, wie sie geworden ist, und welche Möglichkeit sich für sie bietet, sich weiter zu verändern. Von der ganzen Höhe meines selbstherrlichen „Ich“ stehe ich damit herab zum winzigen Teil einer ungeheuren Gemeinschaft.

Es ist wunderbar kein Wunder, daß Stirner für eine künstliche menschliche Gesellschaft nach seinem Willen keine bessere Formulierung findet, als die eines Vereins von Egoisten. Damit ist nicht mehr gesagt, als daß Stirner einen Zustand erwünscht, in dem jeder seine Eigenart frei entwickeln kann, nur seiner eigenen Vernunft und seinem eigenen Trieb zu gehorchen braucht. Darum gehört auch Stirner zu den geistigen Vätern des Anarchismus. Aber es ist ohne weiteres klar, daß gegen den Egoismus des einen der Egoismus der anderen solange rebellieren wird, bis die „Eigenart“ jedes Einzelnen derart geworden ist, daß sie mit der „Eigenart“ der anderen nicht gegenständiglich zusammenschließt. Der absolute Egoismus kann nicht selber herrschen, als bis die „Selbstlosigkeit“, die freiwillige Einordnung in ein freies Ganzes zur Eigenart eines jeden „Einzigen“ geworden ist.

Auch die Eigenart Max Stirners war nicht rein persönlich, nicht zelllos. Sein System ist eine Revolte gegen den preussischen Polizeistaat, das heißt, gegen ein System, das es in das Dasein des Königs und des Polizeipräsidenten stellt, kraft ihrer „Eigenart“ die Eigenart des Philosophen, des Staats-Gelehrten, des Richters und des Künstlers zu erfüllen. Stirner konnte sich, als echter Preusse, eine künstliche sozialistische Gesellschaft nicht anders vorstellen, denn als die Fortsetzung dieses Polizeistaates, aus dessen Fesseln sich die Intelligenz, das Bü-

rgentum und die erwachende Arbeiterkraft hinauslehnte. Er konnte sich den Sozialismus nur ähnlich denken, wie sich heute das „soziale Königtum“ in den Äylen mancher Finanzminister malt, er fürchtete eine menschliche Gesellschaft, die mit Brot die Mäuler stopft und dem Einzelnen durch Sicherung einer materiellen Existenz seine persönliche Freiheit abkaufen versucht. Es hat eines halben Jahrhunderts demokratischer Entwicklung bedurft, um dieses Schreckgespenst zu verschrecken. Ein Mann, der die Gedankenschärfe Stirners besaß, könnte sich heute zu gleichem Irrtum nicht mehr verleiten lassen, nur die Bülow und Konraden heute noch ihren Eßisch mit dem lärglichen Abhub einer „individualistischen“ Lehre, die sich über den Sozialismus erhaben fühlte, obwohl dieser — was kein Deutscher heute mehr verkennen kann, den ersten Anfang ihrer möglichen Verwirklichung bildet.

Es wäre sehr wünschenswert, daß „Der Einzige und sein Eigentum“ nicht nur von Verehrern der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auf verteilbare Blätter durchsucht, sondern auch von den Arbeitern fleißig gelesen würde. Denn Max Stirner gehört noch immer zu den Wegnern der „guten, alten“ Zeit, mit denen von Seite zu Seite in Gedanken zu ringen, eine stolze Beschäftigung ist. Durch das Auffallende seiner Irrtümer, die weniger auf Schwäche der Erkenntniskraft als auf außerordentliche Klarheit des Gedankenausdrucks zurückzuführen ist, ist er vielen geradezu ein Lehrer des Sozialismus geworden. Denn, um mit Marx zu sprechen, nicht darauf kommt es an zu sagen: „Hier ist die Wahrheit! Hier knie nieder!“, sondern durch eigenes Studium und Nachdenken, durch die Lust am Widerspruch, selber die Wahrheit zu finden. So bleibt uns Max Stirner weit, nicht als der heilige Priester einer unanschaulichen ewigen Wahrheit, wohl aber als ein glänzender Ritter auf dem freien Turnierplatz junghegelischer Kritik. F. St.

Scharfmachertag.

Am 20. Juni fand die diesjährige Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Nürnberg statt. Dieser einflussreichste aller deutschen Unternehmerverbände liebt es nicht sonderlich, in der Öffentlichkeit zu wirken. Seine Vertrauensleute sitzen im Parlament, in den Ministerien und Verwaltungsämtern, sie arbeiten geräuschlos, aber um so nachhaltiger und erfolgreicher. Die jährlichen Tagungen des Zentralverbandes haben daher keine allzu große Bedeutung. Das Programm der Tagungen lernt man besser aus dem kennen, was sie tun als aus dem, was sie beraten. Viel geredet wird bei diesen Gelegenheiten überhaupt nicht, und was geredet wird, kann man sich im voraus denken, wenn man sich daran erinnert, daß der Hauptredner auf der Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller Herr Axel Bued ist. Schon seit Jahren läßt er die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse hier Revue passieren, kritisiert Gesetzgebung und Regierung und predigt reines, unverfälschtes Scharfmachertum. So auch wieder in diesem Jahre.

Herr Bued ist nicht unbedingt zufrieden mit dem, was das letzte Jahr gebracht hat. Zwar hat, so erzählt er, die Einigung der Arbeitgeber Fortschritte gemacht, auch die Lage der Industrie ist günstig, aber die Reichsfinanzreform mißfällt ihm, und dem Reichstag stellt er eine sehr schlechte Jensur aus. Die Art, wie er die Steuerentwürfe behandelte, und seine Kolonial- und Sozialpolitik muß jeden Vaterlandsfreund mit ernster Sorge um die Zukunft des deutschen Reiches erfüllen. Wozu viel leicht zu bemerken wäre, daß Herr Professor Jastrow von der „Sozialen Praxis“ vor einiger Zeit über die sozialpolitische Tätigkeit des Reichstages ein ähnliches Urteil fällte,

Aus aller Welt.

Der heilige Bureaufratius! Ein Adnigsberger Bürger bezieht seinen Gasbedarf durch einen Gasmesser-Automaten der städtischen Gasanstalt. Dieser Tage erhielt der betreffende Herr nun ein mit Schreibmaschine hergestelltes Schreiben durch einen Boten zugestellt, folgenden Inhalts:

Bei Auszahlung des Geldes wurde in der Kasse Nr. ... welche am 20. 4. 06 Ihrem Gasmesser-Automaten entnommen wurde, ein beschädigtes Hehnpennennist vorgefunden. Wir ersuchen Sie ergebenst, dem Ueberbringer dieses Schreibens als Ersatz 10 Pfennige auszubehändigen.

Wir bitten, auch dafür Sorge zu tragen, daß fernerhin nur vollwertige Geldstücke dem Automaten übergeben werden. Direktion der städtischen Gasanstalt. Deglauß: Kogalla.

Das Korpus delikti, in Gestalt eines etwas beschuerten Nickels, der außer eines Stednabelspitz großen kaum 1/2 Millimeter tiefen Wölbchens keinen Fehler hat, erhielt der Herr mit diesem Schriftstück zum Austausch gegen ein tabelleses Hehnpennennist zurück. Am 24. April 1906 wurde das ominöse Geldstück, das sonst kein Mensch beanstandet hätte, in der Kasse des Automaten gefunden, und am 21. Juni — also nach acht Wochen — erhält es der Einziger zum Umtausch zurück. Durch wie viele Instanzen mag der unschuldige Nickel gegangen sein? Wie viele Beamte mögen ihn nachdenklich auf seine Echtheit geprüft haben?

Und muß man gerade in der Stadt der reinen Verunft dem heiligen Bureaufratius Aläre erröthen?

Die gefallenen Freiheitskämpfer von Kirchheimbolanden. Man schreibt der „Frankf. Zeitung aus der Waig: Eine kleine, aber würdige Gedenkfeier fand vor einigen Tagen auf dem Friedhofe in Kirchheimbolanden statt zu Ehren der am 14. Juni 1849 im Kampfe für die deutsche Reichsverfassung gefallenen 17 Freiheitskämpfer. Abmilt Lang legte namens des Volkervereins für die Kirchheimbolander einen Kranz mit Widmung nieder. Die in Spanien wohnende Tochter der verstorbenen Frau Kaufmann, geborene Diefeld, hatte einen Kranz mit Widmung gefertigt; auch hatte sie in diesem Jahre wieder für die Ausschmückung des Denkmals und der Graber geforgt. Ferner wurden am Denkmal vier Kränze von Mainz niedergelegt. Am Sonntag besuchten die Sozialdemokraten von Mainz und Algei das Freiheitskämpfer-Denkmal unter Führung ihres alten Parteigenossen Paul Stumpf aus Mainz, eines Teilnehmers an dem Aufstande am 14. Juni 1849, und legten einen prächtigen Blumenkranz am Denkmal nieder.

Die Wainger „Sollgehung“ bezieht Auf die Erbauung einer Volksgasanlage auf dem Gebiete des

Näblichen Gaswerks 2 auf der Angelheimer Aue vorkommenden Rimmerarbeiten wurden folgende Gebote gemacht: J. W. Müller-Weilenau 3678 M., Andreas Schilling 3674 M., Jakob Koch u. Cie. 2547 M., Gabriel Gerster 3287 M., und Joh. Wilhelm-Hablbach 77 M.!! Welche Löhne wüßten die Arbeiter dieser „billigen“ Firma beziehen?

Das menschenverdorbene Auto. Aus Wiesbaden wird gemeldet: Ein von dem Chauffeur Oskar Rey geführtes Automobil stieß mit einem Mchsluhrwerk zusammen. Rey und ein zehn-jähriger Knabe, den er ohne Wissen der Eltern im Automobil mitgenommen hatte, sind verletzt worden, der Knabe tödlich. Das Automobil wurde zertrümmert. Der Besitzer, ein Herr aus Köln, hat nicht an der Fahrt teilgenommen. — Ein Bruder des Kammerlängers Schmeder, der in Gesellschaft zweier Damen in einem Automobil von Wien nach Prag fuhr, erlitt in der Nähe von Schlämeß durch Anfahren des Automobils an einen Stein einen schweren Unfall, und mußte mit schweren Verletzungen in ein Prager Sanatorium gebracht werden. Die beiden Damen erlitten leichtere Verletzungen. Das Automobil wurde zertrümmert.

Einen prächtigen Selbstmord beging in Bad Dnyhauser ein dort zur Kur weilender Eisenbahnassistent aus Berlin, der sich vor die Maschine eines Güterzuges warf, nachdem er den Bahndörper von der Straße abtrennenden Staketenzaun überklettert hatte. Der Unglückliche wurde zur Unkenntlichkeit verstückelt, seine Verwandten waren Zeugen des gräßlichen Schaupiels. Der Mann hatte aus Verzweiflung über seinen Zustand, er glaubte, demnächst sein Augenlicht zu verlieren, zu diesem Auswege gegriffen.

In Wien erlitt. Der Maurer Franz Jaksch in Nicolaierstraße in einem großen Neubaus, wo er geschlafen hatte. Sein Schlafensort war infolge des Bruchstüts in eine tiefe Dymnacht gefallen, konnte aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Italiener und Deutsche. In Boppard erlitt der Gastwirt Mittel, bei dem fast ausschließlich Italiener verkehren, einen schweren Schlag, als dieser, nachdem ihm von der Tochter des Wirts ein Glas Bier verweigert worden war, selbst einschneiden wollte. Infolgedessen herrschte unter den Italienern in Boppard heftige Erregung. Sie bildeten die Fortschaffung der Leiche nicht eher, als bis Mittel geschlossen abgeführt wurde.

Luftworte? Ein zwölfjähriges Mädchen ist nach dem „Tag“ im Walde von Harsburg ertrunken aufgefunden worden.

Eine verheerende Feuersbrunst brach in der Graupfischen Sagenstraße in Petersburg aus. Der Brand zerstörte die Werksstätten, einen Teil des Holzlagers und sechs Gebäude ein. Die Entstehungsursache ist unklar. — Nach einem Telegramm aus Christiania brach in dem 54 Kilometer von Christiania entfernten Orte Kilsström eine Feuersbrunst aus, die schnell um sich griff. 50 Häuser wurden eingeschert.

Schweres Unwetter. Am 26. Juni wurden in Verona (Italien) durch ein Unwetter eine Anzahl Gebäude beschädigt. Feuerwehrcute, Truppen und Arbeiter sind damit beschäftigt, die Keller, welche zwei Meter unter Wasser stehen, zu leeren. Auch durch Hagelschlag wurde Schaden angerichtet, besonders auf den Feldern bei St. Ambrogio, wo die Ernte vernichtet ist und die Felder überflutet sind. Viele Mauern sind eingestürzt und die Straßen ungangbar.

Eine neue Insel. Ein unterseerischer Ausbruch hat in der Vergangenheit in der Nähe der Insel Sankt Peter eine neue Insel an die Oberfläche gebracht. Diese neue Insel zeigte sich in ähnlicher Weise vor einem Jahrhundert ebenfalls nach einer unterseerischen Eruption. Das Wasser in der Nähe der Insel soll so heiß sein, daß Fischer sich bisher noch nicht in ihre Nähe gewagt haben.

Die deutsche Sprache. In der Juni-Nummer von Velhagen u. Klasing „Monatsheften“ widmet Paul Heise der deutschen Sprache folgende Betrachtung:

Die deutsche Sprache soll sich genau betragen wie eine deutsche Frau, Die selbst im Haus mit Kind und Gesind' Nicht Worte braucht, die niedrig sind. Doch wohl, wenn's ihr am Herzen lag, Der Mundart sich bebühen mag. Nicht aber soll sie auf Markt und Gassen Im Schlafrock sich betreffen lassen, Sondern sich stets mit Anstand kleiden, Wohl aber spivig Gepränge meiden. Die Brust nicht in ein Schändel zwängen. Mit jedem Witter sich nicht behängen, Daß ihres Wandels jedermann Den Anstoß sich erretzen kann. Doch wenn, wie oft zu hören ist, Sie aller strengen Zucht vergrist, In anrecht festem Schritt zu trag, Nachlässig schlendernd ihren Weg, Mit jeder Mundart buntem Bilden, Ihr einfach Kleid sich leicht zu fäulen, Daß wie im Paradiesgenuß Sie dreist sich zeigt im deutschen Land Und Wozie h... wie sie vertragen Der Großstadt freche Männer prägen, Dann ist's für ihre treuen Schöne Gegeben um ihre Kraft und Schöne, Und jedem Frevel schänt's erlaubt, Daß er den deutschen Kranz ihr raubt.

nur ging er dabei von Erwägungen aus, die denen des Herrn Bued gerade entgegengesetzt sind. Wenn Scharfmacher und bürgerliche Sozialreformer gleichmäßig unzufrieden mit dem Reichstag sind, wem hat er denn da zur Zufriedenheit gearbeitet?

Die „Sozialdemokratische Gefahr“ ist in jeder Rede des alten Bued das Hauptstück. Er besetzt dabei stets die Praxis, politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegungen zusammen zu erwähnen und zusammen zu beurteilen. Beide stellen ihm die Sozialdemokratie schlechthin dar und mit ihr ist er natürlich höchst unzufrieden. Die Arbeiterbewegung hat nach ihm „in neuerer Zeit einen vollständig revolutionären Charakter angenommen, dieser habe sich erschreckend betätigt in der Verherrlichung der mit Raub, Brand und Mord verbundenen revolutionären Bewegung in Russland“. Für die Industrie sei die Sozialdemokratie gefährlich wegen der „mit Verlogenheit und Infamie betriebenen Verhöhnung der Arbeiter, der damit verbundenen Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses und wegen der Förderung der Arbeit durch die von ihr zahlreich veranlasseten Ausstände“. Um die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie weiter zu erhöhen, schälerte Herr Bued dann die Zunahme der Gewerkschaftsbewegung, die den Arbeiterorganisationen von den Arbeitern mit größter Opferwilligkeit zur Verfügung gestellten großen Mittel und die gewaltige Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Die Gefährlichkeit dieser Bewegung werde auch von den höchsten Reichsbehörden anerkannt; das beweisen die starken Worte, die in den Sitzungen des Reichstages vom 14. und 15. Dezember v. J. von dem Reichskanzler wie von dem Staatssekretär des Innern gegen die Sozialdemokratie gesprochen worden seien. Mit Worten aber sei die Sozialdemokratie nicht zu bekämpfen; das könne nur durch Gesetze geschehen, durch welche die „maßlose Verhöhnung in Wort und Schrift“ eingeschränkt und der Schreckensterrort der Sozialdemokratie über die anderen Arbeiter ein Ziel gesetzt werde.

Also die Sehnsucht nach einem kleinen Ausnahmengesetz, das die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung vollständig in Fesseln legt, ist bei Herrn Bued und den Seinen noch nicht überwunden. Aber er verkennt nicht, daß diesem Sehnen gegenwärtig keine Erfüllung winkt und predigt daher die Selbsthilfe. Die Organisation der Arbeitgeber, die schon so manchen Erfolg aufzuweisen habe, müsse weiter ausgebaut werden, und der Zentralverband werde alles aufbieten, um alle Arbeitgeber in einer leistungsfähigen Organisation zusammenzufassen.

Die Industriellen flüchteten ihrem literarischen Klopfschuh Beifall, und da er ihnen allen aus der Seele gesprochen hatte, verzichteten sie auf jede Diskussion des Bued'schen Berichtes. Für die Arbeiter ist am bedeutungsvollsten, was er über die Organisation der Arbeitgeber gesagt hat. In der Tat haben sich in den letzten zwei Jahren die Unternehmerorganisationen gewaltig entwickelt und ihr Eingreifen in wirtschaftlichen Kampf ist für die Arbeiter folgenreicher als die politische Scharfmacherei. Das zeigt deutlich die Geschichte der Lohnbewegungen und Ausfahrungen in den letzten Jahren. Die Augenwendung ist für die Arbeiter hieraus leicht zu ziehen. Für sie ist die Bedeutung der Organisation um nichts geringer wie für die Unternehmer, und den kommenden Kämpfen werden sie nur gewachsen sein, wenn ihr Handeln dieser Erkenntnis entspricht.

## Aus Russland.

### Russische Steuereintreibung.

Die „Kawowitzer Zeitung“ berichtet aus Sosnowice: Entgegen den Berichten, in denen die Steuern erst im Dezember erhoben wurden, läßt die russische Regierung in diesem Jahre schon jetzt die Steuern für das laufende Jahr 1906 erheben. Sie wendet dabei ein Verfahren an, das als „schürstlich“ zu bezeichnen ist. Der die Steuern einlassende Kassirerbeamte erscheint stets mit einer Anzahl Kofalen; werden die Steuern nicht sofort entrichtet, dann quartieren sich die Kofalen, ohne viele Umstände zu machen, in die besten Zimmer der betroffenen Steuerzahler ein und lassen sich angenehm verpflegen. Es ist dabei eine große Vergünstigung für den Quartierwirt, wenn ihm gestattet wird, die Kofalen, die keineswegs rücksichtslos die Gäste sind, gegen entbrechende Abgaben, die in die Taschen des Steuerzahlers fließen, in Nebenzimmern unterzubringen. Das ziemlich radikale Verfahren ist auch bereits in Sosnowice zur Anwendung gebracht worden. Im Laufe dieser Woche hat man den jüngsten Steuerzahlern, Hausbesitzer Bajan und Pachter, mit einer Einquartierung von je zehn Kofalen erfreut. Obwohl die beiden Petroffenen wohlhabende Leute sind, vermochten sie nicht auf der Stelle die Steuerbeträge von über 1000 Rubel zu entrichten. Ohne daß auch nur eine Minute Aufschub gewährt wurde, sind die beiden Hausbesitzer mit der Einquartierung bedacht worden. Es wird dabei das Verfahren beobachtet, daß für je 100 Rubel rückständige Steuern ein Kofal einquartiert wird. Von dem man wohl die Frage aufwerfen, wie lange wohl die Kofalen austreichen mögen.

### Wie die Arbeiter ihren Willen durchsetzen.

Aus dem russischen Grenzgebiet wird oberflächlichen Blättern berichtet: Zu den Differenzen zwischen der Arbeiterchaft und dem Direktor Karwasinski der an der Grenze gelegenen Kohlengrube „Kafimir“ und „Kora“ der Zarischauer Aktiengesellschaft wird weiter gemeldet, daß der Direktor am Donnerstag Abend um 6 Uhr, beim Bechiel der Tag- und Nachtschicht, trotz dem mit den Arbeitern getroffenen Abkommen in die Grube „Kafimir“ eingefahren ist. Zumittien des Schwaches ließen die erregten Arbeiter die Förderseile stehen und so den Direktor volle drei Stunden in völliger Dunkelheit zwischen Himmel und Erde schweben. Erst nach langen Suchen wurde der Gefangene von den übrigen Beamten erlöst und aus seiner wenig beneideten Lage befreit. Am Freitag früh kam es zwischen dem Arbeiter-Ausschuß und der Grubenverwaltung zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei die Arbeiter völlige Entfernung des mißliebigen Direktors forderten. Als diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, traten am Sonnabend früh hundert Arbeiter in den Ausstand. Direktor Karwasinski hat vor einiger Zeit, wie bereits mitgeteilt, um seine josharische Entlassung gegen eine Entschädigung von 40,000 Rubeln ersucht.

### 2000 Rubel.

Ein bewaffneter Trupp von etwa zwanzig Personen überfiel in der Nacht zum Freitag gegen 2 Uhr das zur Gemeinde Czylada gehörige Forsthaus Szwonow, das dicht an der preussischen Grenze liegt. Der Sohn des Besitzers, Thomysh Polotski, wurde durch einen Revolverkugeln am Kopf leicht verletzt, der Bruder erhielt dagegen sechs Schüsse in beide Hände. Dierauf raubte die Bande 2000 Rubel.

## Die Montag-Sitzung der Reichsduma

beschäftigte sich mit Maßnahmen zur Vinderung der Hungersnot in Rußland. Die von der Opposition heftig angegriffenen Minister verließen geschlossen den Sitzungssaal.

### Die einzige Stütze wankt.

Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ in Odessa melbet seinem Blatte, daß die Lage in Sewastopol sehr gefährdend ist. Truppen der Sewastopoler Garnison, die in die benachbarten ländlichen Bezirke entsandt waren, um Vorratsumrühren zu unterbinden, feuerten in die Luft. In mehreren Fällen schlossen sich Soldaten den ausländischen Bureaux an und nahmen an der Plünderung der Landgüter teil. Die Artillerie der Sewastopoler Garnison hat gemeldet und droht, die Stadt zu bombardieren. Die Matrosen der gesamten Kriegsstotte schlossen sich auch der ausländischen Bewegung an.

### Rasches Urteil.

In Dombrowa an der russischen Grenze sind am Sonntagabend zwei Prokolatoren von Sozialisten erschossen worden, weil sie verdächtig waren, im Grenzbezirk Judenbezüge zu propagieren. Sonntag sind in Kijew (Schnowice) während des Gottesdienstes aus der Sakristei Kirchengeräte usw. im Wert von 20,000 Rubeln von unbekanntem Täter gestohlen worden.

### Waffenaburteilung.

Die von Petersburg nach Kronstadt entlassene Untersuchungs-kommission hat beschlossen, 300 Mann der Besatzung zu verhaften und davon 71 an den verschiedensten Strafen zu verurteilen.

### Vorbereitungen zur Judenhetze.

Obssa, 25. Juni. Für den 27. Juni wird hier ein Programm erwartet. Die Polizei bewacht net den niedrigsten Posten, damit er an den Judenansammlungen teilnehmen könne. Die Vorbereitungen zu dem Programm werden ganz offen betrieben. Tausende von Flugblättern fordern die Hooligans auf, Mittwoch um Mitternacht über die Juden herzufallen und sie für ihren Ungehorsam gegen den Zaren an Leben und Eigentum zu strafen. In einzelnen dieser Flugblätter wird dem Pöbel versprochen, daß Polizei und Militär nichts gegen sein, dem Zaren wohlgefälliges Tun unternehmen wird. Der Judenhetze in Odessa und Umgebung hat sich großer Aufreagung bemächtigt. Wer es tun kann, verläßt die Stadt. Alle Eisenbahnzüge sind von Flüchtlingen überfüllt.

### Sicherheitsdienst oder nicht?

Petersburg, 25. Juni. Soeben ging dem Leibgarde-Regiment der Befehl zu, nach dem Hauptort nach Peterhof abzumarschieren und die Bewachung des Hofes zu verstärken. Das ganze Regiment erklärte, daß es unter keinen Umständen nach Peterhof marschieren werde, weil es genau wisse, daß es dazu bestimmt sei, die Duma anseineren zu treiben und hierauf unter keiner Bedingung einzugehen werde. Schließlich marschierte das Regiment Sonntag Nachmittag nach Peterhof ab, nachdem es das feste Versprechen erhalten hatte, nur für den Sicherheitsdienst des Zaren verwendet zu werden.

## Partei-Angelegenheiten.

Material für die Reichsverbändler liefert wieder eine unerquickliche Polemik, die unter Führung des „Vorwärts“ eine Anzahl Parteiführer mit Genossen Dr. Heinrich Braun führen. Von Seiten eines in England gebildeten „englisch-deutschen Freundschafts-Komitees“ — dem auch führende englische Parteigenossen angehören — ist ein gemeinschaftlicher Besuch beider Redakteure und Schriftsteller in England veranstaltet worden und der „Vorwärts“ Lloyd in Bremen hat den Teilnehmern an dem Besuch freie Fahrt gewährt. Die sozialdemokratischen Redaktionen, denen die Einladung auch zugeht, haben die Teilnahme selbstredend abgelehnt, denn es widerspricht sozialdemokratischen Anschauungen, daß das Verhältnis zweier Völker durch derartige Besuche geregelt werden könnte. Ein Redakteur eines sozialdemokratischen Parteiorgans hat also nicht an der Tour teilgenommen, wohl aber Genossin Lily Braun, die als Mitherausgeberin der sozialistischen Wochenchrift „Die Neue Gesellschaft“ eingeladen war. Diese Teilnahme ist nun unteres Erachtens eine reine Privat-sache der Genossin und die Partei hat besseres zu tun, als jedes Genossen Privatvergnügen unter Kontrolle zu nehmen. Sollten böswillige Gegner aus der Teilnahme Lily Brauns irgend welche Schlüsse ziehen, die der Partei zumiderlaufen, so kann in jedem beliebigen Augenblick erklärt werden, daß Lily Braun ohne Mandat irgend einer Parteikonferenz gehandelt habe und daß ihre Privat-Reisen nicht der Aufsicht der Gesamtpartei unterliegen. Dieser klare Tatbestand ist nun wieder verwickelter geworden, indem das Leipziger und dann das Berliner Parteiblatt „Schweres Geschick“ aufzubrechen ließen und mit Kanonen nach Spaken schossen. Heinrich Braun nahm daraufhin in einer sehr erregten Zuschrift an den „Vorwärts“ seine Frau in Schutz. Die Folge davon ist, daß andere Parteiführer nun ebenfalls Stellung nehmen und in den schärfsten Worten die Beteiligung einer Sozialdemokratin an der Englandfahrt in Gesellschaft der verbrecherlichsten Scharfmacher und gemeinsten Verleumder der Sozialdemokratie verurteilen. Die „Bremser Bürgerzeitung“ bringt es sogar fertig, den Genossen Braun wieder einmal als „schwundstülpigen Revisionisten“ zu bezeichnen und wiederholt von den „revisionistischen Anschauungen“ Brauns zu reden. Wir möchten demgegenüber doch feststellen, daß eine derartige Polemik durchaus unparteigenössisch ist. Jeden, der irgend etwas tut, was irgendwo nicht gefällt, als „Revisionisten“ zu denunzieren, ist sehr leicht und einbindet von der eingehenden Beweisführung, aber es sei dies ganz besonders betont, daß niemand von den sogenannten „Revisionisten“ die Entschädigung der Frau Braun verteilt hat. Dr. Schimmler aber ist von der anderen Seite ausgegangen und wenn die bürgerliche Presse über diesen fetten Bißfen wieder mit „Donne“ herfällt, so tragen die „Revisionisten“ sicher nicht die Schuld daran.

Die Ehre des Reichsverbändlers. Zu der Beurteilung der Genossen Leber-Tena und Runzengel-Eisenach wegen Verleumdung des Reichsverbändlers-Organisators Emert wird uns noch gefahrt von: Emert kam im Herbst 1905 in Gemeinschaft mit noch zwei seiner Kollegen, und zwar Komolow-Berlin und Sanger-Erfurt nach Eisenach, um bei der Reichstagswahl die Vernichtung der Sozialdemokratie zu betreiben. Das erste Treffen fand am 2. November in einem ländlichen Orte, in Wörlingen, statt. Den ganzen Tag über hatten die Emert und Genossen agitiert, um den letzten Bauer in die Versammlung zu bekommen. Trotzdem der Genosse Leber in seinem Vortrage mit seiner Silbe von den Herren Komolow, die sich in Gemeinschaft mit dem Gutsbesitzer Leberer eingefunden hatten, hielt es doch Emert für notwendig, in der Diskussion die gewöhnlichsten, gemeinsten Lügen gegen die Sozialdemokratie im Jargon des Reichsverbandes vom Stempel zu lassen. Er bekam von Leber eine Abfertigung, daß er mit seinen Kollegen das Wiederkommen vergaß. Die Herren hatten es vorgezogen, in seiner Versammlung mehr zu erscheinen, aber sie ließen zum Stadi und verließen die Genossen Leber und Runzengel wegen Verleumdung. Der letztere führte in der Versammlung den Vortrag. Die gemein die ganze Angelegenheit eingeleitet wurde, geht daraus hervor, daß sich Emert nur allein „beleidigt“ fühlte, während Komolow und Sanger, die beiden Kampagne Emerts, als Zeugen fungierten. Und die beiden letzteren sagten unter Eid die unglücklichsten Sachen aus. Unsere Zeugen konnten sich wohl befinden, daß es in dieser Versammlung durch das Eingreifen Emerts etwas erregt zugeht, aber Verleumdungen, wie die von den Zeugen des Emert verbreiteten, sind nicht gefallen. Selbst der Beschuldigte, Gutsbesitzer Leberer, hat nicht gefällig, konnte weiter nichts auslagern, als daß er solche Verleumdungen auch nicht gehört habe. Und trotzdem wurden unsere Genossen zu je 50 Mark Geldstrafe und in die Kosten verurteilt. Emert, gegen den Widerlage erhoben war, und die beleidigt hatte, wie selbst der Amtsrichter zugab, wurde freigesprochen.

## Arbeiterbewegung.

### An die Arbeiterchaft Deutschlands!

Die organisierten Abgabungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs- und Automatenarbeiter beschlossen in ihrer letzten Zusammenkunft zwecks Festlegung der Organisation eine Kontrollkarte einzuführen.

Wir erwarten, daß die gesamte deutsche Arbeiterchaft von nun an nur noch mit modern organisierten Einkassierern und Agenten Geschäfte irgendwelcher Art abschließt.

Wer nicht im Besitze der vom Zentralverband der Gewerkschaften herausgegebenen Kontrollkarte ist, dem weise man ohne weiteres die Tür. Sinaus mit den Karten, die nicht mit uns stimmen, nicht mit uns denken wollen. Kein Unorganisierter darf Zutritt zur Wohnung eines organisierten, modern denkenden Arbeiters finden. Ganz besonders bitten wir auf die sogenannten „Sonnenaufsteiger“ zu achten, einer Kategorie, von denen, welche die vitalsten Interessen der Arbeiterchaft verletzen.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsmäßig in jedem Quartal abgestempelt ist. Wir richten an Euch das Ersuchen, diesen Aufruf zu beachten und streng danach zu handeln. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgesühl.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Sektion der Einkassierer und Klassenboten.)

F. A.: Friedrich Ludow, Berlin N. 37, Fehrbellnerstraße 8.

Die Berliner Bureau-Angestellten haben einen scharfen Protest gegen die unzulässige Meinung der preussischen Anwaltskammer gefaßt, daß ein Verhältnis zur gesetzlichen Regelung der Berufsverhältnisse der Anwaltsangestellten nicht anerkannt werden könne. Sie fordern, daß bei den durch die Reichs-Regierung in den Einzelstaaten veranlassenen Erhebungen auch Anwaltsangestellte von den Berufsvereinen der Angestellten gehört werden möchten und ersuchen den Reichstag, an seiner Forderung, auch den Bureauangestellten den in der Gewerbeordnung und im Handelsgesetzbuch gewährten gesetzlichen Schutz auszubilligen, unter allen Umständen festzuhalten.

Zusammenschluß der Tuchfabrikanten. Die Arbeitgeberverbände der Tuchindustrie in Guben, Luckenwalde, Sommerfeld und Finsterwalde, welche bisher nur zum Gewerbeverbande Niederlausitz gehörten, sind nunmehr ebenfalls dem Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie (Kositz, Kottbus, Spremberg) beigetreten, so daß dieser Verband, dessen Mitglieder sich gegenseitig zu unbedingter Solidarität verpflichtet haben, sieben Ortsverbände umfaßt, die zusammen 28,000 Arbeiter beschäftigen.

Hoffentlich ziehen die Arbeiter aus diesem Vorfalle die Lehre, sich ebenfalls zu organisieren, ganz gleichgültig, ob sie katholisch, evangelisch, jüdisch oder atheistisch sind. Die Arbeitgeber kümmern sich auch den Teil um die Freigabe.

Streiks in Frankreich. In Foerding (Dep. Loire) sind 15,000 Arbeiter eines Stahlwerkes in den Ausstand getreten. Die Ausständigen beantragten Kundgebungen vor den übrigen Stahlwerken. Man „befürchtet“, daß sich der Ausstand auf das ganze Departement ausdehnen werde. — Aus Nantes wird berichtet, daß der Ausstand der Mannschaften der Compagnie Transatlantique nicht zunehme; doch habe sich die Mannschaft des aus Amerika zurückgekehrten Dampfers „Normandie“ dem Streik angeschlossen und gleichzeitig die Mannschaften der Gesellschaft in Havre und Marseille angefordert, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen.

Ein Streik der Zeitungsetzer in Kairo. Der „R. Z.“ wird aus Kairo, 14. Juni, geschrieben: Schon seit einigen Tagen erscheint in Kairo keine Zeitung. Während man sonst mit Zeitungen hier überflutet wird, bekommt man jetzt, wo man doppelt das Verlangen hat, Zeitungen zu lesen, nicht ein einziges Blatt in die Hand, weil alle Arbeiter in den Zeitungsdruckereien ausständig sind. Der Ausstand ist zuerst unter den Arbeitern der Zeitung „Des Pyramides“ ausgebrochen. Alle Zeitungsverleger haben sich solidarisch erklärt und so ist nun ein allgemeiner Ausstand eingetreten, der wohl noch längere Zeit andauern wird. Die Arbeiter verlangen nämlich anstatt der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit eine solche von 7 1/2 Stunden und außerdem eine kleine Lohnerhöhung. Letztere ist einzelnen Arbeitern bewilligt worden. An Stelle der geforderten 7 1/2 Stundenarbeit wollen die Verleger eine solche von acht Stunden bewilligen. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. Juni 1906.

### Biersteuer-Protest.

Gegenwärtig tagt in Breslau der Bundestag deutscher Gastwirte. Die reichlich bemessenen Festlichkeiten, die unseres Crachens den ersten Beratungen kaum Raum gewähren, wurden gestern mit einem Kommers eröffnet. Wir würden dieser welterschütternden Begebenheit überhaupt nicht Erwähnung tun, wenn sich dabei nicht ein kleiner Zwischenfall abgespielt hätte, der eines leichten politischen Beigeschmacks nicht entbehrt. Einem allgemeinen Liede „Biersteuer-Protest“ hatten zwei Breslauer Mitglieder „im Sinne der Breslauer Gastwirte“ folgende Strophe angefügt:

Da die Steuer angenommen,  
Sind wir überingekommen:  
Mit den Brauereim im Verein  
Wollen wir die Steuern tragen,  
Und das Volk damit nicht plagen,  
Wag' nun endlich Friede sein.

Gegen diese Strophe wurde vielfacher Protest laut und schließlich hat der Präsident, den Nachtrag nicht mitzugeben, da sein Inhalt nicht den Absichten des Bundes entspricht, der jede Steuer ablehne.

Es ist ja nett von dem Bunde, daß er „jede Steuer“ ablehnt, aber die Ablehnung der Strophe deutet darauf hin, daß es den Herren Gastwirten — da die Biersteuer doch nicht mehr „abzulehnen“ ist — nunmehr vor allem darauf ankommt, sich nicht etwa darauf festzulegen, daß auf die Konsumenten die Steuer nicht abgewälzt wird.

\* Eine rationelle Müllbeseitigung ist für die Großstadt sowohl in hygienischer wie in finanzieller Hinsicht von der allergrößten Bedeutung. Die Stadtverwaltung, und auch der Breslauer Magistrat, haben daher alle Veranlassung, sich ständig mit dieser Frage zu befassen, und die Bewohner haben ein gutes Recht zu fordern, daß dieses geschieht. Gerade wir in Breslau können nicht behaupten, daß unser Müllbeseitigungssystem den an ein solches in den beiden oben erwähnten Richtungen zu stellendes entspräche. Es soll hier dem Magistrat daraus noch kein Vorwurf gemacht werden, die Frage befindet sich dazu eben noch viel zu sehr im Versuchsstadium. Aber hingewiesen möge auf ein System werden, das die Stadt Charlottenburg vom 1. April künftigen Jahres ab durch Ortsstatut einzuführen beschloß. Danach soll die Abfuhr und Beseitigung auf die Dauer von 15 Jahren durch Submission einem Privatunternehmer übertragen werden, der sie nach den Anordnungen

des Magistrats auszuführen hat. Dabei wird das sogenannte „Dreiteilungssystem“ zugrunde gelegt.

Nach diesem müssen die verschiedenartigen Hausabfälle ihrer Beschaffenheit entsprechend, in 3 Gruppen getrennt, gesammelt und abgefahren werden.

Die drei Gruppen sind: 1. Asche und Schmutz, 2. Speisereste und Küchenabfälle, 3. gewerbliche Abfälle. So einfach die Handhabung des Dreiteilungssystems ist, so wichtig in kommunaler Hinsicht ist seine allgemeine Durchführbarkeit; denn alle die Schwierigkeiten, die sich der Unterdrückung, Verwertung oder Vernichtung des Mülls in vermisstem Zustande entgegenstellen, werden hierbei vermieden. Die am meisten gefährlichen Bestandteile des Mülls — die Speisereste und Küchenabfälle — werden getrocknet und sterilisiert und stellen so ein vorzügliches Schweinemastfutter dar, das bei der jetzigen Einwohnerzahl Charlottenburgs ausreicht, um jährlich etwa 12.000 Schweine damit zu mästen. Die gewerblichen Abfälle, das ist ein Gemisch von Papier, Scherben, Lumpen, Konserveblechen, Holz, Stroh, Knochen, Metall usw., werden sortiert und finden in der Industrie erneute Verwendung. Asche und Schmutz endlich dienen zu Aufschüttungen bzw. Meliorierung sumpfigen Landes.

Man wird zugeben, daß dieses System nicht nur in hygienischer Beziehung einen begrüßenswerten Fortschritt mit sich bringt, auch die weitere Ausnutzung des Mülls und der Abfälle zugunsten des Stadtbudgets ist von nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Bedeutung.

### Wir verhandeln lieber mit Organisierten!

Hauermesser Simon aus Breslau ist es gewesen, der einst den Bauarbeitern zugerufen hat, sie sollten sich organisieren, er war es auch, der vor einigen Jahren auf einer Generalversammlung der Bauarbeiterverbände den Wert der Arbeiterorganisationen ausdrücklich anerkannt hat. So ist es auch kürzlich wieder — siehe auch im provinzialen Teil unter „Neuheit“ — ein Breslauer Ingenieur gewesen, der in „Denkmal“ auf der Baunummer der städtischen Volkshochschule aus Anlaß des dortigen Arbeiterstreiks erklärt hat: „Ich vermute nicht, daß die hiesigen Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiter und deren Organisationen so spröde gegenüberstehen: wir in Breslau verhandeln viel lieber mit den Organisationen als mit Unorganisierten, weil wir überzeugt sind, besser dabei zu fahren!“

**Die Verteuerung des Ortspostverkehrs.** Laut Verfügung des Reichs-Postamts vom 23. d. Mts. werden vom 1. Juli ab, wie bekannt, die zurzeit im Güter- und Nachbarortverkehr bestehenden Ausnahmestellen für Postarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab beträgt die Gebühr für die einfache Postkarte wieder allgemein 5 Pfg. Die blauen Zweipennig-Postkarten können durch Aufkleben von Dreipennigmarken weiter verwendet werden. Für Drucksachen beträgt die Gebühr fortan bis 50 Gramm einschließlich 3 Pfg., über 50 bis 100 Gramm 5 Pfg., über 100 bis 250 Gramm 10 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 20 Pfg., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich 30 Pfg. Für Geschäftspapiere beträgt die Gebühr fortan bis 250 Gramm einschließlich 10 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 20 Pfg., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich 30 Pfg. Warenproben müssen künftig bis 250 Gramm einschließlich mit 10 Pfg., über 250 bis 350 Gramm mit 20 Pfg. frankiert werden. Unfrankierte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben gelangen nicht zur Absendung. Bei Vereinerung von Drucksachen, Geschäftspapieren und Warenproben oder von zweien dieser Gattungen zu einer Sendung beträgt die Gebühr fortan bis 250 Gramm einschließlich 10 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 20 Pfg., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm einschließlich 30 Pfg., solche Sendungen gelangen ebenfalls nur frankiert zur Absendung.

**Auch ein „Schutzmann“.** Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: Als ich am Sonntag Vormittag 11 1/2 Uhr den Stiegegang passierte, sah ich etwas am Boden wälzen. Bei näherem Zusehen entpuppte sich der Knäuel als der dort amtierende Schutzmannsposten, der sich in einer Verfassung befand, die man bei einem Arbeiter als Be- trunkenheit bezeichnen würde. Von einigen mitleidigen Passanten wurde er einigermaßen auf die Beine gestellt und dann in das Haus Postenstraße Nr. 6 geschafft. Nachdem die Wache benachrichtigt war, erschienen zwei andere Schutzwächter auf dem Platze, um das inzwischen angesammelte Publikum zu zerstreuen, wobei es ohne Notierungen und zwei Verhaftungen nicht abging. Der Posten aber blieb infolgedessen 3/4 Stunden unbesetzt. Es ist nur gut, daß Arbeitswilige nicht zu beschlagen waren. Um 12 1/2 Uhr erschienen dann noch 5 Schutzleute unter Führung des Kommissars, um „Ordnung“ zu schaffen.

Die Nummer des betrunkenen Schutzmanns ist 123, sein Name Naujok. N. soll sogar gedroht haben, mit dem Säbel zuzuschlagen.

Auch von anderer Seite wird uns der Vorfall, zum Teil in noch viel lebhafteren Farben, berichtet. Der Schutzmann soll durch seine „Eigentümlichkeiten“ in der Nikolaivorstadt sich schon lange einen Namen gemacht haben.

**Blühlicher Tod.** Am 23. d. M., Morgens, wurde auf der Zahnstraße eine etwa 40 jährige Frauensperson sinnlos betrunken aufgefunden und in eine Polizeiwache geschafft, wo sie anscheinend an den Folgen einer Alkoholvergiftung starb.

**Ertrunken.** Der 24 Jahre alte Anstreicher Robert Tschige, Margaretenstraße 19, fuhr am 24. d. M., Mittags, mit einem Bierkühler in einem Kahn aus der Dder in die Ohle. Dabei stürzte er aus dem Boot und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

**Schwerer Unfall.** Schwer verunglückte heute Vormittag auf der Werderstraße ein eine Maxische begleitender Mann. Er stand oben auf dem Ufer neben einem Pfahl, um welche die starken Tanne gewunden werden, die bei starker Strömung die Fische zurückhalten und leiten sollen. Beim Anlegen des Seiles geriet er mit dem rechten Bein zwischen Seil und Pfahl, wodurch ihm das Bein dicht unter dem Knie fast ganz abgedreht wurde. Zum Glück war bald ein Riemen zur Hand, mit welchem das Bein über dem Pfahl zusammengeklammert wurde, so daß die Gefahr einer Verblutung behoben war. Nach Anlegung eines Schienenerverbandes wurde der Verunglückte in das Allerheiligen-Hospital gebracht.

**Sturz aus dem Fenster.** Die noch nicht anderthalb Jahr alte Elisabeth Stepha am 22. d. M., Nachmittags, in einem Moment, wo sie unbeaufsichtigt war, aus einem Fenster der elterlichen Wohnung, Werderstraße 14, und mußte in das Allerheiligen-Hospital überführt werden.

**Im Streit.** Ein Hausbater und ein Kutscher gerieten am 23. d. M., Abends, auf der Friedrich-Wilhelm-Strasse mit zwei jungen Burschen in Streit. Dabei wurde der Kutscher von den

Burschen in eine Scheunentreppe geworfen, die dadurch geräumt wurde. Hierbei erlitt der Mann schwere Schüttwunden am Hals, sodas er dem Allerheiligenhospital zuggeführt werden mußte, nachdem ihm durch Feuerwehrrmannschaften ein Holzerband angelegt worden war. Die beiden jungen Burschen setzten ihrer Festnahme den heftigsten Widerstand entgegen.

**Verhaftet** wird der 64 Jahre alte Seilemeister Hermann May aus Komwigo (Kr. Trautenberg).

**In das Vollzugsgefängnis** wurden am 23. und 24. d. M. 69 Personen eineliefert.

**Gefunden** wurden: eine Handtasche, ein goldenes Pinzeng, ein Trauring und ein Karbon mit verschiedenen Sachen.

**Abhanden** kamen ein Kefumarktsäck, ein goldener Mantelknopf und ein Sommerhütchen.

**Gestohlen** wurden: Aus einem Wäscheboden ein Unterbett mit rotweiß gestreiftem Bezug, einem Dienstmädchen von der Tiergartenstraße ein Kleid; einem sechs Jahre alten Knaben wurden auf der Hedwiasstraße durch einen etwa 14 Jahre alten Burschen 1.75 Mf. abgeschwindelt.

## Bezirkskommandeur v. Zander vor den Geschworenen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Studemund, bemerkt bei Beginn der Montag-Verhandlung: Es ist an die Herren Geschworenen eine Karte gekommen, die mit den Worten beginnt: „Schoeple ist ein ehrenwerter Mann“ usw. (weiterer Inhalt im Zuhörerraum.) Ich habe bereits heute vor acht Tagen vor Eintritt in die Verhandlung die Herren Geschworenen ersucht, alle von außen an sie herantretenden Beeinflussungsversuche unbeschadet zu lassen. — Auf Vorhalt des Vorsitzenden erzählt der Angeklagte von Zander: Auf seine Veranlassung ist in Ruda (Siebenbürgen) die Rudaer Erz-Gesellschaft zwecks Abbau eines sehr reichhaltigen Lageres von vorzüglichem Erz mit starkem Eisengehalt begründet worden. Er hatte das Lager entdeckt. Es ergab sich die Notwendigkeit, einen Kapitalisten zu finden, der einige hunderttausend Mark vorstreckte. Die Gesellschaft habe sich an die Firma Rawod u. Grünfeld (Deutchen O.) gewandt. Dieser seien fünf Waggons zur Probe gefahren worden. Das Geschäft sei aber bisher nicht zustande gekommen; das von ihm entdeckte Bergwerk habe zweifellos eine große Zukunft. Die Erze haben etwa sechzig Prozent Eisengehalt und es ist möglich, täglich 500 Tons zu fördern. Kaufmann Benjamin von der Firma Rawod u. Grünfeld, der alsbald als Zeuge vernommen wird, bekundet: Die Firma beschreibe sich in der Hauptsache auf den Erzhandel. Trotzdem sei die Firma dem Rudaer Geschäft näher getreten. Das genannte Bergwerk entsprach aber nicht den gebührenden Anforderungen. Da jedoch die Möglichkeit vorlag, daß bei der Förderung der fünf Waggons nicht mit der erforderlichen Notwendigkeit verfahren worden sei und daß andererseits erfahrungsgemäß das Erz an der Oberfläche weniger gut sei als in tieferer Lage, so habe die Firma nähere Erkundigungen angefordert. Es habe schließlich im Monopol-Gebiet in Berlin mit einem Herrn Verstein, von Zander und seinem Sojus, dem Kommerzienrat Grünfeld, eine Konferenz stattgefunden. Das Geschäft sei aber schließlich doch gescheitert, da einmal 1/2 Frachtkosten zu hoch waren und sich außerdem ergab, daß das Erz nur 44 Prozent Eisen hatte. Von Zander sollte 1/2 Prozent vom Nettogewinn als Vermittlungsgebühr erhalten. Seine Firma hätte an von Zander ebenfalls eine Vermittlungsprovision gezahlt. Der Verteidiger: Herr Zeuge, Sie hielten jedenfalls das Geschäft als ein vollständig fertiges? Zeuge: Diese Frage läßt sich nicht ohne weiteres beantworten; es kommt darauf an, ob das Erz zu angemessener Preise nach Oberschlesien lieferbar gewesen wäre. Auf Antrag des Staatsanwalts verliest der Vorsitzende einen von v. Zander an Maternmeister Fensch in Breslau gerichteten Brief, dem er 2000 Mark auf Wechsel schuldet. Es heißt in dem Briefe: Ich habe mit der Firma Rawod u. Grünfeld Erze für eine Million Mark, lieferbar innerhalb 10 Jahren, so gut wie abgeschlossen. Zeuge Benjamin bemerkt auf Verfragen: Wenn das Erz den Anforderungen entsprechen hätte und der Preis einschließlich der Fracht nicht zu hoch gewesen wäre, so wäre allerdings ein solcher Abschluß auf zehn Jahre nichts Außergewöhnliches gewesen. Auf Erfragen eines Geschworenen wird die zwischen der Firma Rawod u. Grünfeld und dem Angeklagten von Zander bezug. dem Geschäftsteiler der Rudaer Erz-Gesellschaft Verstein geführte Korrespondenz verlesen. Nach längerer Verlesung bemerkt der Verteidiger: Ich verzichte auf die weitere Verlesung der Korrespondenz. Die Verteidigung hat dies der Staatsanwaltschaft in der Voruntersuchung unbekanntes Material herbeigeschafft, um den Nachweis zu führen, daß von Zander eine Reihe von Unternehmungen in Aussicht hatte, bezüglich deren er auf einen erheblichen Gewinn rechnen konnte. Die Verteidigung erachtet diesen Beweis durch die Vernehmung des Zeugen Benjamin und die bisherige Verlesung der Korrespondenz als genügend geführt. Die Verteidigung will es vermeiden, die Verhandlung ins Uferlose auszu dehnen. Staatsanwalt: Ich kann auf die weitere Verlesung nicht verzichten. Es kommt nicht darauf an, welche Unternehmungen der Angeklagte in Aussicht hatte, sondern, ob der Angeklagte zu der Annahme berechtigt war, daß ihm Gewinn zufallen werden, die es ihm ermöglicht hätten, seine Schulden zu bezahlen. Der Vorsitzende: Da die Korrespondenz als Beweismaterial herbeigeschafft ist, muß sie selbstverständlich weiter verlesen werden. Nachdem noch einige Korrespondenzen verlesen sind, bemerkt der Verteidiger: Ich entnehme der Erklärung des Herrn Staatsanwalts, es komme ihm auf den Nachweis an, daß von Zander sehr optimistisch veranlagt sei. Ich bemerke, daß ich dies nicht bestreiten werde. Staatsanwalt: Der Optimismus des Angeklagten ist unmöglich zu bestreiten, ich will aber jetzt auf die weitere Verlesung verzichten. Von Zander bemerkt auf Vorhalt des Vorsitzenden: Es sei ihm gelungen, das 95prozentige ungemessene reichhaltige Kalifalzager Perchnia zu entdecken. Auf seine Veranlassung wollte eine amerikanische Gesellschaft die Ausrüstung von Kalifalzen für 30 bis 40 Millionen Mark abschließen. Das Geschäft sei jedoch durch das zum großen Schaden der deutschen Kalifalz-Industrie und der deutschen Landwirtschaft unternommen zustande gekommene Patent schiedlich gescheitert. Bekanntlich sei jetzt das Werk für 31 Millionen Mark vom Staat angekauft worden. Generaldirektor Wiesel: Das Kalifalzkonglomerat sei ganz plötzlich entstanden. Es sei im Architektenbureau in Berlin beraten worden. Tatsächlich war es mindestens volle 12 Stunden einmal gescheitert gewesen, da der Vertreter einer Firma den Saal verlassen hatte. Nachdem aber das Syndikat dennoch zustande gekommen war, dem sich die Perchnia angeschlossen hatte, habe er von Zander bedeutet, er solle sich an das Syndikat wenden. Von Zander sagte nämlich, er habe einen Kaufauftrag für Mexiko. Er erwiderte darauf: Mexiko sei noch nicht erschlossen, die Geschäfte werde also das Syndikat wohl abschließen, dagegen sei Nordamerika bereits verjagt. Da die Umstandspreise wesentlich höher als die Preise für das Inland seien, so könne er bis 10 Prozent Provision erhalten. — Auf Verfragen des Verteidigers bemerkt Generaldirektor Wiesel: Er könne Luettig seit zwanzig Jahren, er gehöre mit diesem, der gleich ihm Hauptmann der Landwehr sei, ein und demselben Offizierskorps an. Etwas Unehrenhaftes habe er über Luettig niemals gehört. Er sei nur einige Male bestraft, weil er eine etwas lockere Hand habe. Er soll einige Male Dienstreuen mit der Reitpeitsche geschlagen haben. Es tritt darauf eine kurze Pause ein.

In der Nachmittags-Sitzung macht der Angeklagte v. Zander einen sichtlich angegriffenen Eindruck. Auf Auffordern des Vorsitzenden bemerkt von Zander mit sehr bewegter Stimme: Das Braunkohlenwerk Viktoria-Lockstedt sei nach dem Gutachten eines der besten Kenner von Braunkohle das beste Braunkohlenwerk in Braunschweig. Wenn das Bergwerk trotzdem nicht rentabel sei, so liege das vielleicht an Förderungsmaßnahmen. Er habe schließlich die Aktien nicht bezogen

lassen. Er konnte sich aber nicht denken, daß er seinen gegen Schoeple angestrebten Prozeß in so schwachvoller Weise beim Reichsgericht vertreten werde. Vorsitzender: Das gehört aber nicht hierher. In gelassener (mit gebogener Stimme): Das gehört wohl hierher. Wenn ich das den Herren Geschworenen in Kluge mitteilen darf, dann werden Ihnen die Haare zu Berge stehen. Als ich am Tage vor der Verhandlung beim Reichsgericht nach Leipzig kam und vor dem Hause des Justizrats Haber vorfuhr, sah ich eine Droßche mit Gepäck beladen vor dem Hause stehen. In diesem Augenblick bestieg ein sehr vergnügt aussehender Herr die Droßche und fuhr davon. Ich konnte mir nicht denken, daß dies Justizrat Haber sei, denn dieser sollte mich ja am folgenden Tage vor dem Reichsgericht vertreten. In dem Bureau des Justizrats wurde mir aber gesagt, Justizrat Haber sei tatsächlich soeben auf acht Tage zur Erholung nach Thüringen gereist, die Aktien seien an den Rechtsanwalt Malhoty gefahren worden, der mich vertreten werde. Ich begab mich darauf zu Rechtsanwalt Malhoty. Dieser eröffnete mir, er werde mich vor dem Reichsgericht vertreten; er habe aber die Aktien soeben erst erhalten und vorläufig keine Zeit, sie durchzusehen, da er Abends Gesellschaft habe. Er versprach mir jedoch, daß, wenn die Akte sich entfernt haben werden, er die Aktien durchsehen werde. In dieser Weise wurde ich vor dem Reichsgericht vertreten und naturgemäß abgewiesen. Staatsanwalt: Ich frage den Angeklagten, ob ihm nicht Justizrat Heilberg gesagt und Justizrat Haber geschrieben hätte, das Urteil des Breslauer Obergerichts wird höchstwahrscheinlich aus formellen Gründen aufgehoben werden. v. Zander: Es ist mir nur in Erinnerung, daß Justizrat Haber mir schrieb, der Prozeß wird sicher gewonnen werden. Ich bemerkte noch, daß Justizrat Haber einen Kostenvorschuß von 1065 Mf. verlangt hatte und ich ihm sofort eine Abschlagszahlung von 900 Mark gefandt habe. Trotzdem wurde ich in dieser Weise bei dem Reichsgericht vertreten. Ich konnte mir nicht denken, daß man bei dem höchsten Gerichtshof des deutschen Reiches nicht mehr Recht finden wird.

Es entspringt sich alsdann eine längere Erörterung über die Art der von Zander erworbenen Anteilsscheine. Der Vorsitzende hält darauf dem Angeklagten vor, daß sie für 1750 Mark Mark-De-Waren, Strümpfe, Herentragen, Stolas, Abendgarderobe usw. bei Hermann Gerson in Berlin entliehen haben, obwohl sie bereits den Offenbarungszeitpunkt hatten. Von Zander: Ich habe literarische Bestellungen gemacht. Frau von Zander: Ich habe lange Zeit bei Hermann Gerson zumeist gegen Barzahlung gekauft. Als ich kein Geld mehr hatte, habe ich die Waren auf Borg entnommen in der Hoffnung, daß es mir möglich sein werde, die Sachen zu bezahlen. Die Bestellung war notwendig, da mir ins Gebäd Kolberg reisen wollten. Angeklagter von Zander: Meine Frau hatte

### Annae Verne von Kleibern

auch die Kinder hatten Kleider genug. Staatsanwalt: Sie haben damals viele tausend Mark von v. Zander erhalten, weshalb haben Sie nicht wenigstens einen Teil dieser Schuld abgetragen. Von Zander: Ich habe damals andere Schulden bezahlt. Verteidiger: Ich werde, wenn erforderlich, unter Beweis stellen, daß der Angeklagte gerade in jener Zeit viele Schulden bezahlt hat.

Angeklagter von Zander: Ich muß bemerken, daß ich meiner Frau, mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand, das Schlüsselrecht nicht nur entzogen, sondern dies auch öffentlich bekannt gemacht hatte. Als daher trotzdem Rechnungen kamen, zu deren Verzahlung ich rechtlich nicht verpflichtet war, habe ich selbstverständlich diese Rechnungen nicht an erster Stelle bezahlt.

In weiteren hat Frau von Zander für mehrere hundert Mark Kostümkasse, Schawls usw. bei Wides in Lachen entliehen. Von Zander: Er konnte nicht ahnen, daß seine Frau sogar in Lachen in ganz unüblicher Weise Luchie und so weiter benutzte wurde. Frau von Zander: Ich brauchte Sachen auch zur Reise nach Kolberg. Vorsitzender: Sie hatten doch aber wirklich Sachen genug. Frau von Zander: Herr Vorsitzender, ich bin sehr lange an fürstlichen Höfen in England gewesen und war gewöhnt, alles in reichem Maße zu haben. Vorsitzender: Kommen Sie doch nicht immer mit solchen Einwendungen, Sie waren doch lange genug in Deutschland verheiratet. Es war Ihnen doch bekannt, daß Ihr Mann kaum in der Lage war, ein Glas Bier zu trinken und Sie machten unaussprechlich die unangenehmsten Forderungen. Angeklagter Frau von Zander: Ich habe die Sachen doch einmal bestellt. Vorsitzender: Das ist doch keine Klusrede. Frau von Zander: Weiter kann ich nichts sagen. Sierauf werden wieder Tagebuch-Auszüge vorgelesen. Einmal schrieb die Frau in ihrem Tagebuch: (Was meine Frau ist der Hofbefeehl erlassen, es drohen mir zahllose Pfändungen, ich kann mich nur noch durch Unterschlagung fremder Gelder retten. Von Zander: Als ich eines Tages nach Hause kam, erfuhr ich, daß meine Frau verhaftet werden sollte und die beantragten Pfändungen zahllos seien. Trotz alledem hatte meine Frau für einige tausend Mark ein Klavier auf Borg entnommen. Ich brach infolgedessen zusammen; in solchem Zustande habe ich die Aufzeichnung gemacht. Im weiteren Verlauf bemerkt von Zander: Er habe 230 Mf. an Wides in Lachen irrtümlich an einen falschen Gerichtsboten gezahlt. Der Staatsanwalt äußert bezüglich der Wichtigkeit dieser Angabe Zweifel. Von Zander: Herr Staatsanwalt, überzeugen Sie sich doch von der Wichtigkeit, der Pöschlein liegt ja bei den Akten. Sie tun immer, als käme es ein Geschäft vor Ihnen. — Bei Th. Fort, Freischmied und Co. in Berlin hat Frau von Zander für 2000 Mark Möbel gekauft. Darauf seien zwei Abschlagszahlungen geleistet, jedoch einschließlich Zinsen noch 1595 Mark ausstehend. Gegen 4 1/2 Uhr Nachmittags wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

## Aus den Gerichtssälen.

**Große Scharen von Polen und Galizern** werden alljährlich von den Agenten „unserer“ Großgrundbesitzer über die Grenze herübergelockt, um hier als billige und willige Arbeiter als Lohnrüder für die einheimischen Profetarten verwendet zu werden. Aber auch diese rückständigen Schichten sind mit den Zuständen auf den preussischen Junkerhöfen nicht mehr zufrieden, und in einem Linsange, von dem die Öffentlichkeit noch gar keine Ahnung hat, stehen, buchstäblich stehen die durch allerlei Versprechungen der Agenten betörten Arbeiter, von den Gütern, auf denen sie Arbeit angenommen haben. Ihre Papiere und die geringen Gehaltszettel zurücklassend, sind sie froh, wenn sie sich in genügender Entfernung vom Gutshof befinden, um vor einer Begegnung mit dem Ortsgerarden sicher zu sein. Zur sofortigen Heimreise fehlt es ihnen aber zumeist oder immer am nötigen Geld; in den Städten könnten sie bei ihrer allzu großen Rückständigkeit nirgendes Beschäftigung finden. Nicht einmal in der größten Not wären sie als Streifbretter zu gebrauchen, weshalb sie von der Polizei rathlos zurückgejagt werden würden, es bleibt ihnen also nichts anderes übrig, als zu versuchen, ob es sich vielleicht auf einem anderen Gute besser leben läßt. Diese Umstände hatte die Grundbesitzerin Helene W. in Breslau im Jahre 1904 geschäftlich auszunutzen gesucht, indem sie sich auf die Fabrikation von gefälschten Gemeindegeldern verlegte. Für drei Mark konnte jeder von einem Gute entkaufene Galizier ein solches „Reugnis“ erlangen, in dem der Gemeindevorsteher eines polnischen Dorfes bescheinigte, daß der oder die N. N. von ihren Eltern die Erbschaft erhalten hätte, während neun Monaten in Preußen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Die „Reugnisse“ waren in polnischer Sprache abgefaßt und zwar in einem so schlechten Polnisch, wie man es einem polnischen Dorfgerarden wohl zutrauen kann. Einen entsprechenden Gemeindestempel, dessen Abdruck auf all diesen Reugnissen prangte, hatte sie sich in einer

